

71. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Juli 2001, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5083	Persönliche Erklärung gemäß § 111 GeschO	
Geburtstagwünsche für Staatsminister Josef Miller	5083	Güller (SPD)	5101
		Glück (CSU)	5102
		Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5102
Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Dr. Kaiser u. Frakt. (SPD)		Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/7179 (s. a. Anlage 1)	5103, 5108
Deutscher Orden (Drs. 14/7179)		Namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14/7180 (s. a. Anlage 2)	5103, 5108
und		Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/7272 (s. a. Anlage 3)	5103, 5108
Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler, Gote, Münzel u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Herrmann, Dinglreiter, Dr. Söder u. Frakt. (CSU)	
Deutscher Orden: Finanzielle Risiken offen legen und verringern (Drs. 14/7180)		Instandsetzungswerke der DB AG in Nürnberg und Neuaubing erhalten (Drs. 14/7181)	
und		und	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Ach, Koblner, Winter u. Frakt. (CSU)		Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Dr. Scholz, Hoderlein u. a. u. Frakt. (SPD)	
Weiterführung von Einrichtungen des Deutschen Ordens (Drs. 14/7272)		Ausbesserungswerke „Nürnberg und Neuaubing“ erhalten und Standort Bayern in der Schienenverkehrstechnik stützen (Drs. 14/7182)	
Herbeirufung eines Mitglieds der Staatsregierung gemäß § 125 der GeschO		Dr. Bernhard (CSU)	5103, 5106
Güller (SPD)	5083	Dr. Scholz (SPD)	5105
Glück (CSU)	5083	Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5107
Frau Staatsministerin Stewens	5084, 5094	Dr. Söder (CSU)	5108
Dr. Kaiser (SPD)	5086, 5098	Wörner (SPD)	5109
Winter (CSU)	5089	Staatssekretär Spitzner	5110
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5090	Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 14/7181	5112
Pschierer (CSU)	5093	Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 14/7182	5112
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5096		
Strasser (SPD)	5097, 5098		
Wörner (SPD)	5098		
Staatsminister Dr. Weiß	5099		
Staatsminister Huber	5099		
Unterbrechung der Sitzung – Einberufung des Ältestenrats			

Dringlichkeitsantrag der Abg. Christine Stahl, Scharfenberg, Paulig, Dr. Runge, Schammann u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Reduzierung der Bahncard auf 25 % (Drs. 14/7183)

Frau Scharfenberg (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 5112
Rotter (CSU) 5112
Schläger (SPD) 5113

Beschluss 5113

Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Dingreiter, Sackmann u. Frakt. (CSU)

Verteilung der UMTS-Erlöse für Verkehrsprojekte nachbessern (Drs. 14/7184)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 5113

Dringlichkeitsantrag der Abg. Biedefeld, Werner-Muggendorfer, Gartzke u. a. u. Frakt. (SPD)

Trinkwasser darf nicht handelbares Wirtschaftsgut werden – die kommunale Trinkwasserversorgung in Bayern erhalten und den Liberalisierungsbestrebungen in der EU-Kommission und im Europäischen Parlament entgegenzutreten (Drs. 14/7185)

Verweisung in den Innenausschuss 5113

Ferienwünsche

Präsident Böhm 5113
Frau Werner-Muggendorfer (SPD) 5114
Staatsminister Dr. Beckstein 5115

Schluss der Sitzung 5116

(Beginn: 09.01 Uhr)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 71. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich einen Glückwunsch aussprechen. Heute feiert Herr Staatsminister Josef Miller Geburtstag. Ich gratuliere ihm dazu im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihm für das neue Lebensjahr Gesundheit, Kraft und Erfolg bei seinen Aufgaben im Parlament und in der Staatsregierung.

(Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 16

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Dr. Kaiser und Fraktion (SPD)

Deutscher Orden (Drucksache 14/7179)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutscher Orden: Finanzielle Risiken offen legen und verringern (Drucksache 14/7180)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Ach, Goppel, Winter und Fraktion (CSU)

Weiterführung von Einrichtungen des Deutschen Ordens (Drucksache 14/7272)

Ehe ich die Aussprache eröffne, erhält Kollege Güller das Wort zur Geschäftsordnung, bitte.

Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage gemäß § 125 der Geschäftsordnung die Herbeizitierung des Ministerpräsidenten zum ersten Tagesordnungspunkt.

(Widerspruch bei der CSU – Brosch (CSU): Sonst geht es euch gut?)

Wir haben Verständnis dafür, wenn sich der Ministerpräsident in diesem Parlament hin und wieder wegen anderer Dinge entschuldigt. Wir haben auch Verständnis dafür, dass er heute Verpflichtungen mit dem Ministerpräsidenten von Quebec und Kofi Annan hat. Wir haben kein Verständnis dafür, dass es ihm nicht möglich ist, im Laufe eines Parlamentstags zumindest eine Stunde hier bei uns anwesend zu sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Ihr habt Sehnsucht!)

Wir haben dies gestern auch der Staatskanzlei bekannt gegeben und wären ohne Probleme dazu bereit gewesen, heute Vormittag einen anderen Termin als 9 Uhr zu finden; das ist überhaupt keine Frage. Wir haben kein Verständnis dafür, dass der Ministerpräsident pausenlos versucht, auch noch auf der weltpolitischen Bühne herumzutanzten, während ihm offensichtlich die Probleme im eigenen Bundesland, die er offensichtlich selbst mitverschuldet hat, völlig egal sind.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Wir meinen, dass das Thema Deutscher Orden mit 5000 im Feuer stehenden Arbeitsplätzen, der Gesundheitsversorgung von Zigtausenden von Menschen im Freistaat Bayern und einer im Raum stehenden Summe von 300 Millionen DM Schaden auch für den Herrn Ministerpräsidenten genügend Anlass sind, um einmal seinen Luxuskörper in dieses Hohe Haus zu bewegen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zahlreiche Zurufe von der CSU – Herrmann (CSU): Ist das der neue Stil, den Sie gestern angemahnt haben, Herr Präsident? – Hofmann (CSU): Wegsperrten! Schröder würde sagen: wegsperrten! – Große Unruhe)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Kollege Güller, diese Formulierung ist nicht sehr parlamentarisch.

(Fortgesetzte Unruhe)

Herr Kollege Glück, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Glück (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Güller, Ihre Schlussbemerkung war nicht witzig, sondern disqualifiziert Sie selbst.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Der Ministerpräsident war gestern bei der Beerdigung von Frau Kohl. Ich gehe davon aus, dass Sie das akzeptieren. Es liegt im Interesse unseres Landes, dass der bayerische Ministerpräsident internationale Kontakte pflegt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dies ist der Entwicklung unseres Landes sehr zugute gekommen.

Nun zur heutigen Situation: Wie wenig Sie an der Sache orientiert sind, zeigt schon Ihr Antrag, der lautet: Der Landtag möge eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses beschließen. Dass für diesen Tagesordnungspunkt die Anwesenheit des Ministerpräsidenten hier im Plenum wichtig wäre, kann zunächst einmal niemand begreifen.

(Beifall bei der CSU)

Dazu wäre im Übrigen auch kein Dringlichkeitsantrag notwendig, sondern Sie können jederzeit, von Ihrem

Minderheitenrecht ausgehend, im Haushaltsausschuss eine Sondersitzung des Ausschusses beantragen. Also belegt allein Ihre Antragstellung, dass Sie überhaupt nicht vorhaben, heute irgendeine Sacherörterung zu führen, sondern dass Sie ein politisches Tribunal suchen, unabhängig davon, ob das den Bemühungen um die Einrichtungen des Deutschen Ordens nützt oder schadet; denn dies ist Ihnen gegenwärtig vollkommen egal.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD))

Es interessiert Sie und Kollegen Dr. Kaiser ganz offensichtlich überhaupt nicht,

(Hofmann (CSU): Und den Landesvorsitzenden der SPD auch nicht!)

ob die gegenwärtige politische Inszenierung für die Bemühungen schädlich ist – das sind zunächst die wichtigsten Bemühungen –, dass diese Einrichtungen aufrechterhalten bleiben.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das darf nicht wahr sein! – Zurufe der Frau Abgeordneten Radermacher (SPD) – Große Unruhe)

Meine Damen und Herren von der SPD, dies haben Sie zunächst einmal vor den Menschen zu verantworten, die in den Einrichtungen betreut werden, und vor denen, die dort arbeiten. Allein schon Ihre heutige Vorgehensweise – –

(Fortgesetzte Zurufe der Abgeordneten Frau Werner-Muggendorfer (SPD) und Frau Radermacher (SPD) – Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Meine sehr verehrten Damen hier in der ersten Reihe, allein Ihre Art der – – Jetzt muss ich das Wort unterdrücken, das ich spontan gebraucht hätte.

(Starmann (SPD): Das ist besser so! – Frau Radermacher (SPD): Das ist sicher besser!)

– Das mag sein, Herr Starmann, obwohl meine Formulierung nicht dem Niveau entsprochen hätte, auf das sich Herr Güller gerade begeben hat. Ich formuliere es etwas anders: Ihr aufgeregtes hektisches Geschrei zeigt, dass es Ihnen überhaupt nicht darum geht, die Sache jetzt in Ruhe zu erörtern. Kurzum: Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Meine Damen und Herren, jemand hat für den Antrag und jemand dagegen gesprochen. Ich lasse abstimmen. Wer dem Antrag der SPD-Fraktion folgen will, den Ministerpräsidenten herbeizurufen, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Der Antrag ist abgelehnt.

In der Zwischenzeit hat Frau Staatsministerin Stewens um das Wort gebeten, bevor wir in die Behandlung der Anträge eintreten. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst auf den Dringlichkeitsantrag der SPD eingehen, in dem die Offenlegung des Sanierungsgutachtens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG gefordert wird. Wie Sie wissen, ist die Staatsregierung im Sanierungsausschuss vertreten, in dem es um das Wohl der Patienten, also die Sicherstellung der Krankenhäuser und der übrigen Einrichtungen des Deutschen Ordens und der damit verbundenen Arbeitsplätze geht.

Aufgrund der Stellung des Deutschen Ordens als Körperschaft des öffentlichen Rechts, die unmittelbar dem Vatikan unterstellt ist, hat der Freistaat keinerlei Weisungsbefugnisse gegenüber dem Deutschen Orden. Das Sanierungsgutachten der KPMG betrifft ausschließlich den internen Geschäftsbereich des Deutschen Ordens und unterliegt somit naturgemäß dem Geschäftsgeheimnis. Selbstverständlich wollen zuerst die Hauptbetroffenen, nämlich die zahlreichen Gläubigerbanken des Deutschen Ordens, das Gutachten einer eingehenden Überprüfung unterziehen, bevor irgendwelche Inhalte daraus in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Das KPMG-Gutachten ist dem Sanierungsausschuss zu Beginn dieses Monats vorgestellt worden. Ende dieses Monats kommen nun alle Gläubigerbanken zusammen, die dann auch das KPMG-Gutachten vorgestellt bekommen und darüber diskutieren werden.

Unabhängig von der Rechtslage ist zu sagen, dass es wohl das Ungeschickteste ist, was einer Einrichtung widerfahren kann, wenn ihr Sanierungskonzept auf dem freien Markt diskutiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit würde man eine Sanierung meines Erachtens nicht nur gefährden, sondern möglicherweise sogar verhindern. Das ist kontraproduktiv für die Erhaltung der Krankenhäuser und für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Buchloe und Dillingen. Letzteres liegt, wie ich hoffe, doch gemeinsam in unserem Interesse.

(Frau Radermacher (SPD): Warum haben Sie sich das nicht vorher überlegt?)

Ich bitte Sie daher um Ihr Verständnis, dass ich darüber hinaus zum Inhalt des Sanierungsgutachtens der KPMG nichts sagen kann und auch nichts sagen darf. Der Dringlichkeitsantrag der SPD verlangt rechtlich Unmögliches und ist daher zurückzuweisen.

Ich meine, dass zur Bewältigung der aktuellen Kernprobleme der Antrag der CSU-Fraktion den einzig möglichen realitätsbezogenen Ansatz bietet. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass über die Zukunft der beiden Krankenhäuser keine Entscheidung ohne Beteiligung der betroffenen Landkreise getroffen wird. Ich

hoffe, Sie haben dieses vernommen. Eine wichtige Voraussetzung – ich wiederhole es – ist also, dass über die Zukunft der beiden Krankenhäuser keine Entscheidung ohne Beteiligung der betroffenen Landkreise getroffen wird. Diese Zusage wurde mit Wirkung für den Deutschen Orden im Beisein der Stimmkreisabgeordneten und Landräte abgegeben.

Der Deutsche Orden wird sich aus dem Betrieb der beiden Krankenhäuser gänzlich zurückziehen. Ich gehe davon aus, dass damit der weitere ordnungsgemäße Betrieb der Krankenhäuser in Buchloe und Dillingen gesichert ist. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition dem Antrag der CSU ihre Zustimmung heute nicht verweigern können.

Ich möchte nun auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen. Sie fragen die Staatsregierung – ich darf dazu anmerken: nicht zum ersten Mal –, mit welchem Ziel sie die Verhandlungen im Sanierungsausschuss führt. Hierzu kann ich nur noch einmal eindeutig und ausdrücklich sagen: Das Ziel des Freistaates bei der Sanierung des Deutschen Ordens sind ausschließlich die Sicherung der Versorgung der in den Einrichtungen des Deutschen Ordens untergebrachten Patienten und der Erhalt der Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort.

Ausschließlich an diesem Ziel richten sich die Verhandlungen des Vertreters der Staatsregierung im Sanierungsausschuss aus. Die Staatsregierung hat, wie von mir schon mehrmals ausgeführt worden ist, aufgrund der Rechtsstellung des Deutschen Ordens keinerlei Weisungsbefugnisse, auch nicht innerhalb des Sanierungsausschusses. Ich bitte Sie, dieses auch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Die Einflussmöglichkeiten sind daher auf eine sachgerechte Argumentation und Überzeugungsarbeit beschränkt. Ein Sanierungskonzept, das seinen Namen verdient, kann doch nur dann erfolgreich sein, wenn die Schulden des Deutschen Ordens gerade bei den mittelständischen Unternehmen bezahlt werden können. Vor allem das Schicksal der mittelständischen Unternehmen vor Ort in der Region sollte Ihnen eigentlich auch am Herzen liegen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Katholische Kirche, die ja auf das Engste in das Sanierungsgeschehen mit eingebunden ist, ein Sanierungskonzept, das diesem Anspruch nicht gerecht wird, mittragen wird.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte, wie es sich auch die Gläubigerbanken zu Recht ausbedungen haben, das Sanierungskonzept der KPMG eingehend geprüft werden. Dann gilt es, die für Ende Juli geplante weitere Sitzung des Sanierungsausschusses abzuwarten. Ich habe darauf eingangs schon hingewiesen. Wenn alle Beteiligten dem Sanierungskonzept zugestimmt haben, werden unverzüglich die notwendigen Umsetzungsschritte in die Wege geleitet, um allen Betroffenen eine gesicherte Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

Lassen Sie mich stellvertretend für das Kultusministerium hier auch auf die weiteren Anfragen im Dringlichkeitsantrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen. Zu dem Rechtsgutachten über die Wirksamkeit von

Rechtsgeschäften, die ohne die kirchenrechtlich erforderliche Erlaubnis des Heiligen Stuhls getätigt wurden – Kollege Kaiser hat den diesbezüglichen Brief in der Haushaltsausschusssitzung vorgelesen –, ist zu sagen, dass es nicht Aufgabe der Staatsregierung ist, sich mit Fragen des kanonischen Rechts auseinander zu setzen oder gar einzelne Rechtsgeschäfte kirchlicher Orden zu überprüfen. Dies ist Sache der vertragschließenden Parteien. Wie die Staatsregierung in ihren Antworten auf verschiedene schriftliche Anfragen sowie in ihrem Bericht an den Bayerischen Landtag vom 20. April dieses Jahres mehrfach dargelegt hat, kommt ihr keine Aufsicht über kirchliche Einrichtungen zu. Die kirchenrechtlichen Genehmigungsvorbehalte des Heiligen Stuhls ergeben sich aus dem universalen katholischen Kirchenrecht, das nicht darauf abstellt, ob eine kirchliche Einrichtung wie etwa ein Orden nach nationalem, staatlichem Recht Körperschaft des öffentlichen Rechts ist oder nicht. Die innerkirchlichen Vorschriften gelten auch für Orden etwa in Südamerika oder für Orden, die in Deutschland nicht die Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft haben. Meine Damen und Herren, dies muss man beachten. Das gilt letztlich für Orden weltweit, die der Kirche unterstellt sind.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch in Afrika!)

Es bestehen keine Anspruchsgrundlagen für Forderungen gegenüber dem Freistaat Bayern. Nehmen Sie bitte auch dies zur Kenntnis, weil in dieser Hinsicht immer wieder nachgefragt wird. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier wird letztendlich ein Popanz aufgebaut. Deswegen sage ich es noch einmal deutlich: Es bestehen keine Anspruchsgrundlagen für Forderungen gegenüber dem Freistaat Bayern.

Die Frage, ob die für die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zuständige Genehmigungsbehörde für die Schulden einer Körperschaft haften muss, ist schon insoweit falsch gestellt, als es sich nicht um die Haftung der Behörde, sondern allenfalls um die Haftung des Freistaates handeln könnte.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht doch um das stellvertretende Tätigwerden – oder?)

Die Staatsregierung hat bereits mehrfach dargelegt, dass der Staat für kirchliche Schulden nicht haftet. Das gilt unabhängig davon, ob die schuldenrische kirchliche Einrichtung als Körperschaft des öffentlichen Rechts insolvenzunfähig ist oder nicht. Anspruchsgrundlagen für Forderungen gegenüber dem Freistaat Bayern sind nicht ersichtlich.

Auf die Frage im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, ob sich seit Anerkennung des Deutschen Ordens als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Mai 1998 Kreditinstitute an die Staatsregierung gewendet haben, um Auskunft über rechtliche Stellung, Solvenz und mögliche Kreditrisiken zu erhalten, gebe ich als Antwort – ich muss dazu sagen, angesichts der Kürze der Zeit haben wir die Recherchen in den zuständigen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie in meinem Ministerium und in der Staatskanzlei durchgeführt –: Nein. Im

Gegenteil, lediglich ein vom Deutschen Orden beauftragter Finanzdienstleister hat im Februar 2000 vom Kultusministerium die Auskunft erhalten, dass Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht konkursfähig sind und dass der Staat nicht für etwaige Verbindlichkeiten solcher Körperschaften haftet.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, diesen Antworten wirklich einmal in Ruhe zuzuhören.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich halte dies für sehr wichtig. Wegen dieses ständigen Geräusches habe ich immer das Gefühl, dass man eigentlich gar nicht so genau zuhört. Das wäre aber sehr wichtig.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, es sind ganz exakte Antworten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ja, es kommt natürlich immer darauf an, ob man auch immer wieder die gleichen Fragen stellt.

Aber ich möchte abschließend die Abgeordneten der Opposition im Interesse der Sicherstellung der Krankenhäuser vor Ort und natürlich auch im Interesse der Arbeitsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitten, uns gemeinsam mit den Landkreisen zu unterstützen, damit die Krankenhäuser und die Einrichtungen des Deutschen Ordens in Bayern eine sichere Zukunft haben. Deswegen bitte ich hier auch die Abgeordneten der Opposition um Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Kaiser.

Dr. Kaiser (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon sehr ungewöhnlich, dass die Staatsregierung zu Anträgen Stellung bezieht, bevor die Antragsteller überhaupt Gelegenheit erhalten, ihren Antrag vorzutragen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Staatsministerin Stewens, Sie verstecken sich hinter Geschäftsgeheimnis, Steuergeheimnis, Bankgeheimnis und tragen überhaupt nichts Neues vor. Es werden nur die alten, nichtssagenden Aussagen wiederholt.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten eigentlich erwartet, dass Sie einen Beitrag zur Sachdebatte und zur Information des Parlaments leisten. Fehlanzeige!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, am 30. November 2000 erklärte der DO, dass er das Dezembergehalt und das Weihnachtsgeld für seine 5000 Beschäftigten nicht mehr zahlen könne. Er ist damit zahlungsunfähig geworden. Dann wurde eine Liquiditätshilfe in Höhe von 48 Millionen DM organisiert. Die damalige Sozialministerin Stamm hat ein Sanierungskonzept innerhalb weniger Tage angekündigt. Seit nunmehr über sieben Monaten warten wir auf ein Sanierungs- oder Abwicklungskonzept. Die Staatsregierung ist im Sanierungsausschuss vertreten, wie Sie auch dargelegt haben. Was Sie heute nach über sieben Monaten Arbeit vorgebracht haben, zeigt, dass wir an genau derselben Stelle sind, an der wir schon Anfang Dezember waren.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie von der Kürze der Zeit sprechen, ist direkt ein Hohn. Ich meine feststellen zu können: Über sieben Monate Zeit und keinerlei Konzept vonseiten der Staatsregierung: Das ist ein Armutszeugnis ersten Ranges.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, Frau Ministerin, wenn Sie uns jetzt für das Schicksal der Einrichtungen verantwortlich machen – jetzt sind wir das auf einmal! –, werden die Verantwortlichkeiten auf den Kopf gestellt.

(Beifall bei der SPD sowie der Frau Abgeordneten Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Herr Ministerpräsident sollte hier einmal Stellung beziehen. Er verkriecht sich in der Staatskanzlei, wenn es um diese Frage geht.

(Beifall bei der SPD)

Er hat geschrieben:

Ich muss gestehen, ich war sehr beeindruckt von der starken Expansion der Aktivitäten des Ordens als Träger von Krankenhäusern, Altenhilfeeinrichtungen und neuerdings im Bereich der Suchtberatung und Betreuung Suchtkranker. Auch Frau Staatsministerin Stamm, die bei dem Gespräch ebenfalls zugegen war, anerkennt das große soziale Engagement des Ordens und befürwortet ebenso wie ich den Umzug der an den Orden angegliederten Deutsch-Ordens-Hospitalwerk GmbH nach Bayern sehr.

Wörtliches Zitat aus dem Brief des Ministerpräsidenten! Die Verantwortung liegt bei Herrn Stoiber und bei der Staatsregierung und nicht bei der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte auch, dass Herr Stoiber als Familiar, als Laienmitglied des Ordens auch dazu Stellung bezieht,

inwieweit er in die Aktivitäten des Deutschen Ordens eingebunden war.

(Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Sie hören doch nie zu!)

– Ich höre schon zu, Herr Staatsminister Huber, Sie brauchen nicht nervös zu werden!

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Zwischenrufe von der Regierungsbank gibt es nicht, Herr Staatsminister Huber. Es gibt Abgeordnetenstühle.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Kaiser (SPD): Frau Staatsministerin Stewens, in der Sitzung des Haushaltsausschusses am vergangenen Dienstag haben Sie auf die unmittelbar bevorstehende Bekanntmachung des KPMG-Gutachtens verwiesen. Heute trösten Sie uns wieder und sagen, es müsse erst ganz ordentlich geprüft werden und dann könne man darüber beraten. Wir lassen uns nicht mehr länger hinhalten und wehren uns dagegen, dass Sie nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und die Dinge auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Am Freitag hat es eine Presseerklärung des Deutschen Ordens zur Sanierungsausschusssitzung gegeben. Die Reaktion eines CSU-Landrates, nämlich von Herrn Dr. Dietrich, darauf war ganz einfach: „Deutscher Orden – arrogant und rotzfrech!“

(Beifall bei der SPD)

Das war die Reaktion des zuständigen Landrates, Frau Staatsministerin Stewens, und da erwarten Sie von uns, dass wir ruhig sind und sagen: Warten wir erst einmal ab, bis die mit ihrem Gutachten zu Rande gekommen sind. – Nein, wir wollen jetzt endlich Aufklärung haben.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Kliniken in Buchloe und in Dillingen. Frau Staatsministerin, Sie sollten bekannt geben, wie Sie sich eine Sanierung vorstellen. Der Freistaat Bayern hat dort auf die Absicherung seiner Fördermittel im Grundbuch verzichtet.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Es heißt in dem Brief von Herrn Falthäuser an mich:

Daraufhin wurde die auf dem Krankenhausgrundstück in Buchloe eingetragene Grundschuld von 33,9 Millionen DM am 24. November 1999 und die in Dillingen eingetragene Grundschuld von 90,1 Millionen DM am 14. März 2000 gelöscht.

Kurz danach hat der Deutsche Orden eine Briefgrundschuld eintragen lassen, die er zur Sicherung von Darlehen an die Banken weitergegeben hat. Wie wollen Sie denn mit dem Landkreis verhandeln? Über 130 Millionen

DM Grundschuld liegen darauf. Wie wollen Sie das regeln? Darüber hätten Sie vorhin in Ihren Ausführungen etwas sagen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Die Krankenversorgung in den Häusern Dillingen und Buchloe ist eben nicht gesichert, wie Sie, Frau Staatsministerin, behauptet haben. Mir liegt ein Brief des Deutschen Ordens vom 8. Mai dieses Jahres vor. Darin wird berichtet, dass der AOK in Dillingen ein Pfändungsbeschluss von einer Bank über 3,7 Millionen DM vorliege. Dann kommt ein entscheidender Satz:

Dies lässt die Frage nach der Versorgung der Patienten entsprechend unserem Krankenhausversorgungsvertrag infrage stellen. Eine entsprechende Anfrage seitens der AOK ist bereits erfolgt.

Das schreibt die geschäftsführende Direktorin des Krankenhauses St. Elisabeth an den Geschäftsführer des Deutschen Ordens: Die Sicherstellung der Patientenversorgung in Dillingen ist nicht mehr gewährleistet. – Das wird in internen Vermerken schriftlich festgehalten. Kümmern Sie sich doch darum, ehe Sie Kritik an der SPD üben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt einen weiteren Brief vom 3. November 2000, in dem sich das Krankenhaus darüber beschwert, dass es beim Einsatz von Zivildienstleistenden nicht mit rechten Dingen zugeht, weil nämlich der Deutsche Orden mit einer Luxemburger Logistikfirma zwei Töchtergesellschaften gegründet hat, die rein gewerblich arbeiten, wobei auch Zivildienstleistende eingesetzt wurden.

Kümmern Sie sich bitte um diese Dinge, damit es im Krankenhaus mit rechten Dingen zugeht!

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten auch etwas zu dem Brief von Prälat Döring an Kardinal Wetter sagen können. In diesem Brief wird auf ein Gutachten eines namhaften Kirchenrechtlers Bezug genommen. Dieses Gutachten ist von der Anwaltskanzlei Bub, Gauweiler & Partner bestellt worden. Erkundigen Sie sich doch bitte bei Ihrem Parteifreund Peter Gauweiler, was in dem Gutachten steht.

Was davon hier bekannt geworden ist, ist hochbrisant. Es heißt nämlich:

Mit Datum vom 30.04.2001 legte Prof. Dr. A. von Campenhausen das vom Rechtsanwaltsbüro angeforderte ... Gutachten zu der Frage vor, inwieweit Rechtsgeschäfte, mit denen frühere Organanwälte den Deutschen Orden verpflichtet haben, zum Beispiel der frühere Prior und der frühere Geschäftsführer, wirksam sind, wenn sie unter Nichteinhaltung der so genannten Rom-Grenze getätigt wurden.

Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis: Weil die Rom-Genehmigung nicht vorliegt, sind – das geht aus dem Brief hervor – alle Rechtsgeschäfte oberhalb der Rom-

Grenze ungültig. Die Rom-Grenze liegt meines Wissens bei 2 Millionen DM. Das heißt, alle Geschäfte könnten rückabgewickelt werden.

Zu dieser Problematik haben Sie überhaupt nichts gesagt. Besorgen Sie sich bitte das Gutachten. Berichten Sie im Landtag, ob das richtig ist oder nicht!

(Beifall bei der SPD)

Die Geschäftspartner des Deutschen Ordens müssen einmal wissen, woran sie sind. Es ist eine paradoxe Situation, dass beispielsweise bei Krediten von 2 Millionen DM dann die an die Banken gezahlten Zinsen zurückgegeben werden müssen, weil die Verträge ungültig sind. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Ich frage mich: Welche Rolle spielt eigentlich Peter Gauweiler in dieser Sache? Warum hat er das Gutachten überhaupt angefordert? Sie sollten einmal Auskunft darüber geben, warum solche Dinge geschehen.

Ich nehme Bezug auf Seite 3 des Schreibens, Frau Staatsministerin Stewens. Zu welchen Konsequenzen kommt Herr Döring? Die zuständige römische Aufsicht kann aufgrund nicht rechtzeitig wahrgenommener Aufsichtspflicht von der Mithaftung nicht freigesprochen werden. Das steht unter Punkt 5.

Jetzt Punkt 6:

Es ist genau zu prüfen, ob und ggf. in welcher Weise das Sanierungskonzept der KPMG-Gesellschaft Rom in der Folge die Katholische Kirche in Deutschland mit in die Pflicht nimmt. Sollte eine Inpflichtnahme der Kirche erfolgen, wovon auszugehen sei, so müsse diese in eine konzertierte Aktion mit dem Staat und den Banken eingebunden werden.

Herr Döring verlangt hier eine Einbindung des Staates in das Sanierungskonzept. Dazu sollten Sie einmal eine ganz klare Aussage machen. Die hätten wir gern vom Ministerpräsidenten gehört. Er schickt immer Frau Stewens vor, die das Problem eigentlich nur aus der Zeit vor ihrer Amtszeit als Ministerin geerbt hat.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es gerechtfertigt, dass wir hier Auskünfte bekommen.

Jetzt zu den mittelständischen Unternehmen, Frau Stewens. Sie haben einen Brief von einem Bauunternehmer aus Pfaffenhofen bekommen. Herr Kollege Glück – er ist jetzt nicht da – hat davon eine Abschrift bekommen. In dem Brief heißt es:

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

der Deutsche Orden mit Sitz in Sielenbach, Landkreis Aichach, ist ein Klosteranwesen mit der Wallfahrtskirche Maria-Birnbaum. Das Klostergebäude wurde renoviert. Jetzt sind noch Rechnungen von 210 000 DM offen. Der Handwerker hat eine Sicherungshypothek eintragen lassen und hat versucht,

auf allen möglichen Wegen zu seinem Geld zu kommen.

Hier wird beklagt:

Ein großes Dilemma stellt zudem die rechtliche Stellung des Deutschen Ordens dar. Man ist als Auftraggeber glücklich, Aufträge von solchen Institutionen zu erhalten, da diese den Anschein erwecken, eine große Vertrauenswürdigkeit, Zuverlässigkeit und finanzielle Sicherheit zu bieten. Durch die Verleihung des Status Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde dem Deutschen Orden der staatliche Segen unter anderem auch für diese Eigenschaften erteilt. Man hat fraprierenderweise bei dem Zahlungsverzug dieser Körperschaft das Problem, seine Forderungen mit gängigen Möglichkeiten, zum Beispiel durch Zwangsvollstreckung, Pfändung usw., einzutreiben. Diese Möglichkeiten wurden durch den Rechtsstatus genommen. Der einzige Weg ist, die für den Gläubiger kostenintensive Zwangsversteigerung des Sicherungsobjekts zu erlangen.

– Versteigern Sie einmal eine Kirche oder ein Klosteranwesen! –

Für uns als steuerzahlenden Betrieb und als Privatperson ist es unverständlich, dass uns die Möglichkeit genommen wird, durch Ausschöpfung der allgemein geltenden gesetzlichen Mittel an unser Geld zu kommen. Eben von diesem Gesetzgeber wurde einer Institution ein Status verliehen, der genau diese Situation zulässt.

(Beifall bei der SPD)

Die Verleihung der Körperschaftseigenschaft ist die Wurzel des Übels. Dazu haben Sie keine Aussagen gemacht.

Es gibt auch andere Mittelständler, die sich an Herrn Huber gewendet haben. In einem Schreiben vom 16. März 2001 wird gesagt, man habe nur eine lapidare Antwort von einer Beamtin der Staatskanzlei bekommen. In der Antwort heißt es: Wir haben Ihr Anliegen an den Sanierungsausschuss weitergegeben. Im Sanierungsausschuss kriegen wir aber auch keinen Bericht. Was passiert mit den Leuten, die Forderungen geltend machen? Herr Huber, darüber würden wir gern Auskunft haben.

Jetzt kommt das stärkste Stück. Sowohl Herr Glück als auch Frau Stewens verweisen auf den Staatsanwalt. Der soll jetzt prüfen. Aber die Staatsanwaltschaft ist untätig; sie macht nichts. Die erste Strafanzeige stammt vom 5. Dezember 2000, also von vor über einem halben Jahr. Es ist eine Strafanzeige gegen die beiden Hauptbeteiligten, den Prior und den früheren Geschäftsführer. Beide sind bis gestern noch nicht vernommen worden. Der Generalstaatsanwalt Froschauer hat Gespräche mit Herrn Gauweiler geführt. Hier liegt also eine Untätigkeit der Justiz und der Staatsanwaltschaft vor.

(Wahnschaffe (SPD): Wann geht der in Pension?)

– Im Herbst, Herr Kollege. – Die Staatsanwaltschaft ist bis jetzt nicht sonderlich tätig geworden. Der Anzeigenerstatter ist im Januar vernommen worden, aber die Hauptbeteiligten wurden bis jetzt nicht vernommen. Die Akten, die man beim Deutschen Orden beschlagnahmt hatte, sind dort unversiegelt geblieben, sind jedermann zugänglich. Wie man da die Beweismittel finden will, ist mir schleierhaft.

Ich habe mir von dem Kollegen Köhler Folgendes sagen lassen. Als damals eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft, nämlich das Rote Kreuz, in den Verdacht kam, dass dort verschiedene Leute krumme Dinge gemacht haben, hat man das Material des Roten Kreuzes lastwagenweise abgefahren. Es gibt also eine eklatante Ungleichheit in der Behandlung zwischen dem Deutschen Orden und dem Bayerischen Roten Kreuz.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Frage der Gemeinnützigkeit ist noch nicht geklärt. Auch darüber könnten wir Auskunft verlangen. Entscheidend ist aber die politische Verantwortung für den Verleihungsbescheid. Es muss einmal geklärt werden: Ist der Verleihungsbescheid gültig oder nicht? Der Deutsche Orden hat bei einer anderen Stelle falsche Angaben gemacht, zumindest was die Mitglieder und den Vermögensstand betrifft.

Eine Aussage des damaligen Kultusministers Zehetmair ist sehr interessant. Er hat sie hier im Hause gemacht. Von der Staatskanzlei wird immer gesagt, der Herr Familiare Stoiber habe damit nichts zu tun, es sei ein sozial-karitatives Engagement wie jedes andere auch, und er sei dort nur Laienmitglied. Der Herr Kultusminister hat damals aber anders argumentiert, soweit es die Zahl der Mitglieder betrifft. Ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll:

Hinsichtlich der kooperativen Befähigung und damit des Nachweises einer Körperschaft ist bei der Freiheit der Geistlichen, der Oblaten und der Familiare nicht der geringste Zweifel angebracht. Diese Summe geht weit über die notwendige Anzahl von 200 hinaus.

Wie ist das nun zu verstehen Herr Staatsminister Zehetmair? Zählen die Familiare und die Laienmitglieder mit, wodurch die Zahl von 200 erreicht wird? Oder ist es ein harmloses Engagement, bei dem es nur um 17 Mitglieder geht? Aber dies wären dann viel zu wenig.

So gibt es Fragen über Fragen, die wir von der SPD-Fraktion geklärt haben möchten. Das ist das gute Recht der Opposition in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermögensverhältnisse wurden also unvollständig dargelegt. Es gab Firmen, die bereits zum damaligen Zeitpunkt, als die Körperschaftseigenschaft verliehen wurde, konkursreif waren, das heißt, eine finanzielle Überschuldung hatten. Wer übernimmt die Haftung für diese Schulden? Trägt der Freistaat Bayern Risiken? Ja oder nein?

Wir sind der Auffassung, dass endlich reiner Tisch gemacht werden muss, dass die Staatsregierung die Unterlagen auf den Tisch legen und dass Ministerpräsident Stoiber endlich die Verantwortung übernehmen muss und nicht abtauchen und sich nicht aus der Frage zurückziehen darf.

(Beifall bei der SPD)

Der Hauptverantwortliche ist der Ministerpräsident. Wir hatten eigentlich erwartet – das steht auch in dem Antrag –, dass er Stellung bezieht. Seit siebeneinhalb Monaten hören wir von ihm kein Wort. Er nimmt sonst Stellung zu Gott und der Welt, aber zum Deutschen Orden nimmt er mit keinem einzigen Wort Stellung.

Deshalb fordern wir von Ministerpräsident Stoiber, dass er sich erklärt, damit klare Verhältnisse geschaffen werden. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, in den Sitzungen des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zu berichten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Winter.

Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf gleich zu Beginn meiner Rede für die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung über unseren Antrag beantragen.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der Opposition, wir bitten Sie, den Antrag der CSU zu unterstützen, weil sich der Antrag der CSU mit der Gegenwart und der Zukunft beschäftigt,

(Lachen bei der SPD)

weil wir wollen, dass die Versorgung der Patienten gesichert ist, der Betrieb der Einrichtungen gewährleistet ist, die Rechnungen bezahlt werden und der im Gutachten empfohlene Trägerwechsel stattfinden kann. Herr Glück hat heute zu Beginn der Sitzung gefragt, was Ihr Anliegen ist. Das müssen Sie sich fragen lassen. Ist Ihr Anliegen das Wohl der Patienten, der Mitarbeiter und der Fortbestand der Einrichtungen, oder –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich denke, wenn die Opposition unterbricht, wird das auf die Redezeit nicht angerechnet. Das spielt keine Rolle.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Wir von der CSU können wirklich gelassen sein, weil es überhaupt nichts gibt, über das nicht berichtet werden könnte. Wir haben damit überhaupt keine Probleme. Es gibt keine Tabus für uns und nichts, wofür wir uns verteidigen müssten. Wir sind vollkommen offen. Deshalb ist die Aufregung der Opposition völlig unnötig.

Ich darf an die Beratungen und die Beschlussfassung im Haushaltsausschuss erinnern. Man muss sich bewusst machen, dass der SPD-Antrag vollständig von der Frau Staatsministerin abgearbeitet wurde. Der Antrag hat sich durch die Antworten erledigt. Wir haben zwei von drei Anträgen der GRÜNEN zugestimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Dürr, wir würden Ihrem Antrag zustimmen, wenn Sie mit der Einschränkung einverstanden wären, die wir leider machen müssen, weil uns das von den Banken vorgegeben wird. Diese Einschränkung betrifft den Einschub „soweit es rechtlich möglich ist“. Dann können wir zustimmen.

Lassen Sie mich zum Inhalt kommen. Im Ausschuss ist alles beraten worden, und am Ende gab es weitgehend einvernehmliche Abstimmungen. Das ist die Situation. Sie fragen jetzt, warum nicht neue Antworten gegeben werden. Wenn man aber sieben Monate lang dieselben Fragen stellt, dann ist es doch nur korrekt, wenn dazu dieselben Antworten gegeben werden. Es wäre schlimm, wenn die Staatsregierung ständig ihre Position wechseln müsste. Das muss sie nicht.

Die Frau Staatsministerin hat es gut gemeint, Herr Kaiser. Sie hat vor den Dringlichkeitsanträgen berichtet und Ihnen damit die Chance gegeben, auf die Rede einzugehen. Sie haben diese Chance nicht wahrgenommen. Vielleicht wollten Sie sie auch nicht wahrnehmen. Das brauchen wir nicht zu erforschen.

Lassen Sie mich zur Sache zurückkommen. In unserem Antrag heißt es:

Der Landtag unterstützt alle Bemühungen der Staatsregierung, den Bestand der Krankenhäuser Buchloe und Dillingen sicherzustellen.

Es geht im Antrag auch darum, dass die ordnungsgemäße Patientenversorgung weiter gewährleistet ist und die Arbeitsplätze in den Einrichtungen des Deutschen Ordens erhalten bleiben. Das sind unsere Ziele. Gott sei Dank hat das Gutachten, welches der Deutsche Orden in Auftrag gegeben hat, einen Weg gewiesen. Im Gutachten wird der Vorschlag gemacht, dass ein Trägerwechsel für die Krankenhäuser, die alles andere brauchen, als ständig in den Schlagzeilen zu stehen, und vernünftig weiterarbeiten wollen, eingeleitet wird. Auch im Namen der Kollegen Pschierer und Schreck und der kommunalen Seite darf ich sagen, dass die Bereitschaft der Landkreise besteht, daran mitzuwirken, dass die Einrichtungen auf kommunaler Ebene weitergeführt werden können. Es ist Sorge getragen, dass möglichst schnell gehandelt werden kann.

Herr Kollege Kaiser, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wir können Ihrem Antrag nicht zustimmen, weil Sie fordern, dass über das Gutachten berichtet werden solle. Auftraggeber des Gutachtens ist der Deutsche Orden. Die Banken haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie nicht akzeptieren, dass die Staatsregierung über das Gutachten berichtet. Es sind nur sechs

Banken im Sanierungsausschuss vertreten. Die weiteren 44 Banken, die nicht vertreten sind, würden über die Medien erfahren, was im Gutachten empfohlen ist und wie vorgegangen werden soll. Das kann nicht sein; das müssen wir respektieren. Der Antrag der SPD, über das Gutachten zu berichten, lässt uns keinen Spielraum.

(Zuruf des Abgeordneten Güller (SPD))

– Herr Kollege Güller, Sie haben heute schon so tolle Adjektive geliefert, dass es jetzt reicht.

Zudem ist der Ausschussvorsitzende der Meinung, dass es keiner Sondersitzung bedarf. Im Übrigen, Herr Kollege Kaiser, Sie wussten schon alles, was das Gutachten empfiehlt, als die Sitzung am 3. Juli stattgefunden hat. Insofern liegt nichts Neues vor. Es besteht daher kein Anlass und keine Möglichkeit, dem SPD-Antrag zuzustimmen.

Für das Protokoll möchte ich noch einmal wiederholen, dass wir bereit sind, dem Antrag der GRÜNEN zuzustimmen, sofern nach dem Wort „aufgefordert“ die Worte „soweit rechtlich möglich“ eingefügt werden. Dann stimmen wir dem gesamten Antrag zu, auch wenn über die Punkte schon zum Großteil informiert worden ist bzw. sich die Punkte erledigt haben. Wir werden trotzdem zustimmen, weil wir überhaupt nichts zu verbergen haben und Ihnen nicht die Chance geben wollen, den Eindruck zu erwecken, es liege eine Betroffenheit vor. Dies ist nicht der Fall.

Kein Mensch würde über den Deutschen Orden reden, wenn wirtschaftlich vernünftig gearbeitet worden wäre. Es wird geschimpft, wenn man sich nicht überall einbringt. Bringt man sich aber ein, dann wird auch geschimpft. In unserer Marktwirtschaft besteht nun einmal das Risiko, dass nicht jedes Unternehmen erfolgreich ist und manche Unternehmen schlecht wirtschaften, so wie es leider auch beim Deutschen Orden geschehen ist. Es ist deutlich gesagt worden, dass dort Misswirtschaft herrschte. Diese haben wir aber nicht zu verantworten. Misswirtschaft ist in einer Marktwirtschaft nie auszuschließen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maget kann heute fast zufrieden sein; denn er hat seine Regierungserklärung doch noch bekommen, wenn auch in einer etwas abgespeckten und dürrtigen Form. Wir finden es ungehörig, dass zu Anträgen Stellung genommen wird, die man eigentlich noch gar nicht kennt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um so ungehöriger ist es, wenn man nichts als Banalitäten erzählt bekommt und nur das hört, was ohnehin schon bekannt ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Den Stil, eine Regierungserklärung durch die Hintertür abzugeben, finden wir ziemlich schäbig.

Es sind vor allem drei Gründe, warum wir uns im Landtag immer wieder mit dem Thema Deutscher Orden beschäftigen müssen. Der erste Grund ist die besondere Verantwortung des Ministerpräsidenten. Sein persönlicher Einsatz hat viel dazu beigetragen, dass das großwahnwitzige und undurchsichtige Geschäftsgebaren des Deutschen Ordens erst möglich wurde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Grund besteht in den ungeklärten Risiken. Der Einsatz des Ministerpräsidenten für die Verleihung der Körperschaftsrechte hat dazu geführt, dass der Deutsche Orden unkontrolliert schalten und walten konnte und gemacht hat, was er wollte. Der Deutsche Orden ist der Staatsregierung von Anfang an auf der Nase herumgetanzt. Bis heute ist unklar – auch wenn die Staatsregierung das immer leugnet –, welche finanziellen und sonstigen Folgen für den Freistaat aus diesem Engagement erwachsen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Grund ist die Undurchsichtigkeit der ganzen Affäre. Wie sich nach und nach herausstellte, sind grundlegende Angaben, die der Deutsche Orden gegenüber der Staatsregierung gemacht hat, völlig falsch. Für uns als Parlament ist das Verhalten der Staatsregierung in dieser Affäre mindestens ebenso ärgerlich. Sie rückt mit der Wahrheit immer dann scheinbar heraus, wenn es nicht mehr anders geht, wenn sie wieder etwas eingestehen muss. Dieses Verhalten der Staatsregierung weckt bei uns und in der Öffentlichkeit immer wieder Misstrauen. Außerdem verunsichert es die vom Deutschen Orden geschädigten Mitarbeiter, Patienten und Geschäftspartner.

Wir fordern deshalb erstens, dass sich der Ministerpräsident endlich zu seiner besonderen persönlichen Verantwortung bekennt und für die Folgen auch in diesem Hause geradesteht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir fordern zweitens, dass die Staatsregierung gegenüber dem Landtag die finanziellen Risiken offenlegt und sie wirksam verringert. Wir fordern die Staatsregierung auf, im Haushaltsausschuss in einer nichtöffentlichen Sondersitzung über das Sanierungsgutachten und die nächsten Schritte zu berichten. Herr Kollege Winter, dass dieser Bericht im Rahmen der rechtlichen Gegebenheiten erstattet werden muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Das setzen wir voraus. Wir sehen aber kein Problem darin, uns in einer nichtöffentlichen Sitzung zu sagen, was Sache ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir freuen uns, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Wir werden aber dennoch für unseren Antrag eine namentliche Abstimmung verlangen.

Wir fordern drittens, dass keine öffentlichen Gelder verwendet werden, um den Deutschen Orden, in welcher Form auch immer, zu sanieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, deshalb werden wir uns Ihrem Antrag nicht anschließen. Wir wollen nicht alle Bemühungen der Staatsregierung unterstützen. Wir werden keinen Blankoscheck abgeben. Dafür fehlt uns in Sachen Deutscher Orden jegliches Vertrauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns von Anfang an das Ziel gesetzt, die Arbeitsplätze zu erhalten. Wir wollen das aber nicht dem Deutschen Orden überlassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der Antrag, den Sie heute präsentieren, ist eine Wiederholung dessen, was wir schon im Haushaltsausschuss gefordert und beschlossen haben. Wir sehen da keinen Unterschied. In diesem Antrag steht exakt das, was wir gefordert haben, mit Ausnahme des Wortes „alle“. Wir GRÜNEN wollen nicht alle Bemühungen unterstützen.

Wir fordern viertens, dass die Verleihung der Körperschaftsrechte an den Deutschen Orden für nichtig erklärt wird. Diese Verleihung beruhte auf falschen – um nicht zu sagen gefälschten – Tatsachen und ist deshalb nichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass nur eine Zerschlagung des undurchsichtigen und aufgeblähten Gebildes Deutscher Orden wieder geordnete Verhältnisse herstellen kann.

Nun zur persönlichen Verantwortung des Ministerpräsidenten: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es hilft nichts, wenn Sie ständig jegliche Verantwortung leugnen. Die Fakten liegen auf der Hand. Der Ministerpräsident hat in einem Brief die Anerkennung befürwortet. Außerdem gibt es etliche Äußerungen und Fotos, mit denen sich der Ministerpräsident vor oder hinter den Deutschen Orden gestellt hat. Er hat für die Qualität dieser Institution buchstäblich seinen Kopf hingehalten und mit seinem Namen für sie gebürgt.

(Herrmann (CSU): Ja und? Ich kenne auch Fotos, auf denen der Ministerpräsident neben den GRÜNEN steht!)

– Der Ministerpräsident kann ja für uns bürgen. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob wir das wollen, aber er kann es einmal machen. Wer wie der Ministerpräsident sein Gewicht in die Waagschale wirft, übernimmt Verantwortung. Dieses Gewicht ist schließlich innerhalb der Staatsregierung nicht unbeträchtlich. Wer als Familiare Mitglied des Deutschen Ordens ist, übernimmt ebenfalls Verantwortung, und zwar in guten wie in schlechten Tagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich, wie der Ministerpräsident, vom schnellen Erfolg des Deutschen Ordens blenden lässt und sich sehr beeindruckt von der starken Expansion zeigt, muss Farbe bekennen, wenn es genauso schnell abwärts geht, wie es aufwärts gegangen ist. Wir fordern deshalb, dass sich der Ministerpräsident nicht länger wegduckt, sondern seine Mitverantwortung eingesteht.

(Mehrlich (SPD): Dazu ist er nicht in der Lage!)

Ich möchte Herrn Kollegen Glück – der im Moment leider nicht da ist – Recht geben. Die Befürwortung der Ansiedlung und der Anerkennung des Deutschen Ordens als Körperschaft durch den Ministerpräsidenten sind nicht die Ursache für das gravierende Fehlverhalten und die Großmannsucht von Führungskräften im Orden. Das persönliche Eintreten des Ministerpräsidenten war aber eine Voraussetzung dafür, dass das Fehlverhalten und der Größenwahn solche verheerenden Folgen haben konnten. Außerdem war gerade der Größenwahn bzw. – mit den Worten des Ministerpräsidenten – „die starke Expansion der Aktivitäten“ ein Grund dafür, dass sich der Ministerpräsident für den Deutschen Orden eingesetzt hat. Hier liegt seine persönliche Verantwortung.

Unbestritten ist, dass die Verleihung der Körperschaftsrechte für den Orden bedeutete, dass er seine Expansion erst richtig und völlig unkontrolliert in Gang setzen konnte. Der Statthalter der Banken beim Deutschen Orden, Dirk Pfeil, bestätigte am 7. Juli in der „Süddeutschen Zeitung“, dass die Bayerische Staatsregierung erst die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass der Größenwahn richtig florieren konnte. Herr Pfeil sagte:

Beim Umzug nach Bayern hat man das enge und gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Bayern als hilfreich angesehen. Für den Orden war das von großem Vorteil, nach Bayern zu gehen. ... Die Schulden sind erst gemacht worden, als man in Bayern war. Hier hat sich eine Eigendynamik entwickelt: größer, schöner, toller.

Aus diesen Worten klingt das Motto der Staatsregierung. Am 26. Juli 1999 erklärte der Geschäftsführer der Deutschen Ordenswerke, Werner Conrad, im „Münchner Merkur“, dass es der Wechsel der Rechtsform ermöglicht habe, alte Finanzierungsverträge zu kündigen und neue zu extrem günstigen Konditionen zu vereinbaren. Die Verleihung der Körperschaftsrechte hat dazu geführt, dass sich der Kreditrahmen des Deutschen Ordens ungerechtfertigterweise drastisch erhöhte. Selbstverständlich müssen die Banken auch selbst prüfen, ob ihr Vertrauen gerechtfertigt ist. Allerdings hat auch die Staatsregierung ungeprüft Vertrauen bewiesen, als sie eine auf den Freistaat Bayern eingetragene Grundschuld in Buchloe löschen ließ. Warum sollen die Banken päpstlicher als der Staat sein? Schließlich bürgen der Ministerpräsident und der Staat. Eine Körperschaft kann ja nicht bankrott gehen.

Der Deutsche Orden konnte also schalten und walten, wie es ihm passte. Die Staatsregierung hat ihn walten lassen. Sie hat sich durch die Verleihung der Körperschaftsrechte die Hände gebunden. Im Dezember letzten Jahres, als der Deutsche Orden zahlungsunfähig

war, hätte es eine Gelegenheit gegeben, endlich auf das Geschäftsgebaren des Ordens und die Zukunft seiner Einrichtungen Einfluss zu nehmen. Wir haben damals in diesem Hohen Hause und in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten gefordert, keine Vorleistungen zu erbringen, solange keine Einflussmöglichkeiten bestehen. Ich möchte aus unserem Brief zitieren. Wir waren nicht, wie die Staatsregierung

der Meinung, dass die Liquiditätshilfe unter Beteiligung der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung der richtige erste Schritt zur Erreichung dieses Zieles sein kann. Wir gehen davon aus, dass eine finanzielle Hilfe gerade wegen der fehlenden unmittelbaren Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten von einem transparenten und plausiblen Sanierungskonzept abhängig gemacht werden muss sowie davon, dass – mit den Worten der Deutschen Bischofskonferenz – eine von außen kommende treuhänderisch tätige Person mit allen Vollmachten der Geschäftsführung ausgestattet wird.

Nichts davon ist passiert. Statt sich Einflussmöglichkeiten zu sichern, hat sich die Staatsregierung ein zweites Mal die Hände gebunden. Deshalb sind Sie mitverantwortlich, dass die Einrichtungen des Deutschen Ordens bis heute in Unsicherheit und ohne Perspektive ausharren müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Bis heute ist es unklar, wie es weitergehen wird. Bis heute ist diese ganze Affäre äußerst undurchsichtig. Dass das Geschäftsgebaren und die Zukunft des Ordens im Dunkeln liegen, ist auch auf die Informationspolitik der Staatsregierung zurückzuführen. Sie rückt die Wahrheit nur heraus, wenn die Fakten schon auf dem Tisch liegen. Außerdem hat die Staatsregierung die Angaben des Deutschen Ordens von Anfang an unbesehen und ungeprüft übernommen. Dies war bereits bei der Anerkennung der Fall. Dem Parlament wurde nie mitgeteilt, dass die Angaben ungeprüft sind. Die Staatsregierung hat uns diese Angaben vielmehr als Fakten verkauft. Inzwischen stellt sich jede Woche eine neue Angabe als falsch heraus. Die Staatsregierung behauptet dabei, sie hätte diese Angaben nicht prüfen können. Leichtfertig und leichtgläubig hat sich die Staatsregierung in all den Jahren auf die Angaben des Ordens verlassen und sie ungeprüft und unkommentiert an das Parlament weitergegeben.

Bis in den Dezember hinein hat die Staatsregierung uns gegenüber finanzielle Probleme geleugnet, und zwar nur deshalb, weil sie der Orden geleugnet hat. Das war die einzige Grundlage, die sie hatte. Minister Huber hat im Dezember erklärt, wer Falsches zitiere, übernehme auch Verantwortung. Genau das hat die Staatsregierung gemacht. Sie hat die falschen Angaben des Ordens zitiert; sie hat sie sich zu Eigen gemacht, sie hat sie zur Grundlage der Anerkennung gemacht. Heute aber leugnen Sie jede Verantwortung. Hören Sie damit endlich auf. Nur so können Sie dem Misstrauen in der Öffentlichkeit begegnen und die Verunsicherung bei den geschä-

digten Mitarbeitern, Patienten und Geschäftspartnern des Deutschen Ordens beenden.

Deshalb fordern wir, dass die Staatsregierung in nichtöffentlicher Sitzung des Haushaltsausschusses erklärt, was im Gutachten der KPMG steht, ob die in letzter Zeit bekannt gewordenen Risiken bestehen und wie sie in Sachen Sanierung weiter vorgehen will. Ich sage in aller Deutlichkeit, dass wir strikt dagegen sind, mit öffentlichen Geldern den Schaden zu beheben, den der Deutsche Orden unter den geschlossenen Augen der Staatsregierung angerichtet hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass nur eine Zerschlagung des undurchsichtigen und aufgeblähten Gebildes wieder geordnete Verhältnisse herstellen kann. Das ist auch im Sinne der Einrichtungen. Die soliden wirtschaftlichen Einrichtungen – davon gibt es ja etliche – können sich alleine, ohne staatliche Unterstützung tragen; die anderen werden auch durch öffentliche Mittel nicht lebensfähig.

Vor allem aber wehren wir uns dagegen, dass sich die Banken auf öffentliche Kosten schadlos halten wollen. Jetzt zeichnet sich genau das ab, was wir befürchtet haben: dass Einrichtungen überteuert verkauft werden sollen, dass solide Einrichtungen mit einer Hypothek belastet werden sollen, damit die Banken zu ihrem Geld kommen. Der Statthalter der Banken spricht von 30 Millionen DM für ein Krankenhaus, spricht von einem Schreck für Kommunalpolitiker und sagt: Schnäppchen wird hier keiner machen. Das ist eine erklärte Absicht, und diese werden wir nicht dulden.

Die Staatsregierung hat letzte Woche im Haushaltsausschuss erklärt, dass der Deutsche Orden den Banken gehört. Auch das ist eine Folge der Körperschaftsrechte. Deshalb fordern wir, die Körperschaftsrechte für nichtig zu erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kann endlich das Insolvenzrecht angewendet werden, Licht kommt in die Sache, und es werden nicht länger nur die Interessen der Banken berücksichtigt. Es gibt mehr als genug Hinweise darauf – wir haben sie auch immer aufgeführt; ich will sie jetzt nicht wiederholen –, dass die Voraussetzungen weder personell noch finanziell noch für die Gemeinnützigkeit, die auch als Kriterium galt, vorlagen. Alle diese Voraussetzungen sind nicht gegeben gewesen. Deswegen verlangen wir die Nichtigkeitserklärung.

Minister Zehetmair hat im Dezember die Verleihung mit einer Baugenehmigung verglichen; eine Baugenehmigung könne nur dann verweigert werden, wenn ein Vorhaben aufgrund rechtlicher Bestimmungen nicht genehmigungsfähig sei. So sei dies auch mit der Verleihung der Körperschaftsrechte, hat er gesagt. Ich frage mich: Was geschieht, wenn sich herausstellt, dass eine Baugenehmigung auf falschen Angaben beruht? Die Verleihung der Körperschaftsrechte jedenfalls beruhte auf falschen Angaben des Ordens. Die Kriterien waren nicht

gewährleistet. Deshalb fordern wir, die Verleihung für nichtig zu erklären. Der Deutsche Orden muss endlich so behandelt werden wie jedes andere zahlungsunfähige Unternehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichbehandlung ist die beste Hilfe für die Einrichtungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Geschäftspartner des Ordens.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Pschierer.

Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kollege Kaiser – das gilt auch für Kollegen Strasser –, ich will nicht verkennen, dass Sie ein hohes persönliches Engagement für die beiden Krankenhäuser in Dillingen und Buchloe an den Tag legen. Das kann ich durchaus nachvollziehen. Das wird auch von den Kollegen Winter, Schreck und mir gemeinsam so gesehen.

Ich möchte aber an eines erinnern, Herr Kollege Kaiser, weil sie vorher erwähnt haben, was am 30. November des Jahres 2000 stattfand. Ich will Ihnen klar in Erinnerung rufen, dass es die Bayerische Staatsregierung, damals Staatsministerin Barbara Stamm war, die, nachdem die Mitteilung gekommen ist, dass die Dezembergehälter nicht bezahlt werden, sehr schnell, sehr unbürokratisch gehandelt hat. Der sofortige Weiterbetrieb der Krankenhäuser in Buchloe und in Dillingen ist durch das schnelle Engagement sichergestellt worden. Von Ihnen war damals außer Plattitüden und Allgemeinplätzen wenig zu hören, Herr Kaiser.

Ein Weiteres, was mich schon ein bisschen wundert, Herr Kollege: Sie appellieren hier mit herzergreifender Stimme an die Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung; es gehe um die Patienten, es gehe um die Zukunft der Krankenhäuser, es gehe um Krankenschwestern und Ärzte, Pfleger und ähnliches. Wenn Sie den Weiterbetrieb der beiden Krankenhäuser in Dillingen und Buchloe sicherstellen wollen, müssen Sie bei der Bewertung der Angelegenheit in der Bevölkerung und in den Medien äußerste Zurückhaltung zu üben.

(Beifall bei der CSU)

Sie erweisen den beiden Häusern einen Bärendienst, wenn jeden Tag Schlagzeilen in der Zeitung stehen, dass die Versorgung der Patienten nicht sichergestellt sei.

(Beifall bei der CSU)

Es ist das Verdienst der Staatsregierung und des Sozialministeriums, dass die Belegungsquoten in beiden Häusern nur minimal gesunken sind, dass die Patienten weiterhin Vertrauen in diese beiden Häuser haben. Ich bitte Sie: Leisten Sie Ihren Beitrag dazu, diese beiden Häuser aus einer polemischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit herauszuhalten.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Kaiser, Herr Kollege Strasser, wenn es denn um die von Ihnen zitierte Verantwortung geht, dann lernen Sie bitte einmal von Ihrem Parteifreund, dem SPD-Oberbürgermeister von Dillingen. Dieser hat die Verantwortung ganz klar definiert. Wissen Sie, was er gesagt hat? – Er hat gesagt: Die Verantwortung tragen natürlich auch die Dillinger Franziskanerinnen; die haben den Fehler gemacht – Zitat des Oberbürgermeisters –, dass sie die beiden Häuser an den Falschen – wörtliches Zitat – verschenkt haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen die Verantwortungsbereiche ganz sauber trennen. Zum Ersten war es nicht die Bayerische Staatsregierung, die die Häuser abgeben hat, sondern es waren die Dillinger Franziskanerinnen. Zum Zweiten lag ein unmögliches, nicht zu verantwortendes Missmanagement des Deutschen Ordenswerkes am Rande der Legalität vor. Drittens gab es – gestatten Sie mir auch diesen Hinweis – bei den Banken eine bestimmte Denkweise. Liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, nichts wünschen wir uns sehnlicher, als dass die bayerischen Banken, wenn es um Mittelstandsfinanzierung geht, künftig die gleiche Großzügigkeit an den Tag legen wie bei der Finanzierung des Deutschen Ordenswerkes.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt: Die Verantwortung liegt nicht bei der Staatsregierung. Einem christlich-sozialen Politiker wie mir fällt es nicht leicht, auch an die Verantwortung der Kirche zu appellieren. Die Verantwortung liegt bei der Kirche, beim Orden der Dillinger Franziskanerinnen, und die Verantwortung liegt auch bei den Banken, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Jetzt zu den Lösungsansätzen. Ich bin froh, dass das KPMG-Gutachten eindeutig ist. Es gab ja mehrere Möglichkeiten. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, über einen Totalverkauf oder über vieles Andere zu sprechen. Wir in diesem Hause haben immer gesagt, was wir wollen. Wir wollen, dass die Krankenhäuser aus der Verantwortung des Deutschen Ordens entlassen werden, dass dieser Geschäftsbereich neue Träger findet. Das KPMG-Gutachten weist eindeutig aus: Rückzug aus dem Betrieb der Krankenhäuser.

Herr Kollege Kaiser, Sie haben vorher von einer konzentrierten Aktion von Kirche, Banken und Staat gesprochen. Herr Kollege Kaiser, wenn Sie die Banken ins Boot bringen wollen, müssen Sie wissen, dass von den 50 Banken in Frankfurt gerade einmal sechs am Tisch saßen. Glauben Sie denn, dass sich der Vorstandsvorsitzende irgendeiner Bank von uns beeinflussen lässt? Wir brauchen alle 50 Banken im Boot, wenn wir dieses Sanierungskonzept durchziehen wollen.

Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich: Arbeiten Sie mit uns gemeinsam daran, den Betrieb der Krankenhäuser in Dillingen und Buchloe sicherzustellen. Helfen Sie uns dabei, das Vertrauen der Bevölkerung und der Patienten aufrecht zu erhalten. Ein Krankenhaus existiert nicht im

luftleeren Raum. Sie wissen doch, wie sensibel die Bevölkerung die Versorgungsqualität eines Krankenhauses wahrnimmt. Denken Sie schließlich auch an die Zukunft der Krankenschwestern, der Ärzte, des Pflegepersonals in diesen Häusern. Deren Arbeitsplätze und die Sicherstellung der Versorgung der Patienten sind unsere ureigensten Interessen.

Wir sind gerne bereit, diesbezüglich auch dem Antrag der GRÜNEN mit der Einschränkung, die Kollege Winter gemacht hat, zuzustimmen. Wenn Sie dem zustimmen können, bitte ich Sie, diesen Antrag der GRÜNEN gemeinsam zu verabschieden. Ich bitte Sie auch um Zustimmung zum Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Das Wort hat erneut Frau Staatsministerin Stewens.

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Argumentation der SPD – insbesondere des Kollegen Kaiser – und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN geht völlig an der Sache vorbei. Ihre Argumentation ist aus zwei Gründen unverantwortlich. Ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Wenn ich Ihre Argumente verfolge, so wird nur ein Ziel ersichtlich: Dem Ministerpräsidenten soll die Verantwortung für das Desaster des Deutschen Ordens in die Schuhe geschoben werden. Das gilt sowohl für die SPD als auch für die Grünen. Ihre Argumente bauen Sie ausschließlich darauf auf, dass dem Deutschen Orden der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen worden ist.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie aber nicht zugehört!)

Dabei möchte ich ausdrücklich klarstellen, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass bei der Prüfung der Unterlagen des Ordens im Rahmen der Verleihung der Körperschaftsrechte durch die Bayerische Staatsregierung Fehler gemacht worden sind. Das wissen Sie auch.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gilt es aber erst zu prüfen, und dafür ist dieser Antrag da!)

Ihre Argumentation würde im Umkehrschluss bedeuten, dass Körperschaften des öffentlichen Rechtes schalten und walten können, wie sie wollen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist bei Ihnen so!)

Nach Ihrer Argumentation wäre der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ein abgeseigneter Zustand, in welchem eine Körperschaft Schulden machen und einen Sozialkonzern aufziehen kann, welcher letztendlich überhaupt keine Stabilität mehr hat. So behaupten und argumentieren Sie, meine Damen und Herren. Weiter behaupten Sie, die Banken könnten x-beliebig Darlehen geben, ohne tatsächlich die Bonität zu prüfen und ohne zu prüfen, ob die Verträge, welcher der

Deutsche Orden abgeschlossen hat, gegenüber der Kirche überhaupt rechtswirksam sind. Nein, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie hier machen, ist ausgesprochen unseriös.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht unseriöser als das, was Sie machen!)

Die Körperschaften des öffentlichen Rechtes und damit auch der Deutsche Orden tragen eine eigene Verantwortung. Deswegen wird staatsanwaltschaftlich ermittelt. Wir mischen uns nicht in die Ermittlungen ein. Das ist gar keine Frage.

Es gibt eine Gesamtverantwortung dafür, was innerhalb dieses sogenannten Sozialkonzerns Deutscher Orden in Deutschland passiert ist. Die Gesamtverantwortung ist natürlich in erster Linie beim Deutschen Orden zu suchen. Sie ist ebenfalls bei den Banken zu suchen. Man muss doch bedenken, dass hier Kredite vergeben worden sind, ohne dass überhaupt geprüft wurde, ob der Deutsche Orden entsprechende Verträge abschließen darf. Nichts anderes hat übrigens das Büro Gauweiler in seinem Gutachten gesagt. Sie fragen immer nach der Stellung des Büros Gauweiler in dieser Sache. Es ist die Rechtsanwaltskanzlei des Deutschen Ordens. Nichts anderes steht auch in diesem Gutachten, und das sollte Sie letztendlich hellhörig werden lassen. Sie sollten sich die Vorgänge exakt anschauen und sie juristisch beurteilen lassen. Ich halte dies für sehr wichtig.

Sie fragen immer danach, wie viel der Freistaat hier finanzieren muss. Sie haben den Brief an Prälat Döring zitiert. Sie wissen auch, dass ich im Haushaltsausschuss klar gesagt habe, dass bislang keine Mark des Freistaates geflossen ist. Wir stehen hier auch in keiner finanziellen Verantwortung. Das habe ich Ihnen eingangs klar gemacht. Ich sage das immer wieder.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es trifft auch keineswegs zu, dass wir mit der Wahrheit nur scheinweise herausrücken. Sie beklagen auf der einen Seite, dass die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung immer das Gleiche sagen. Wir können auch nichts anderes sagen. Sie stellen immer wieder die gleichen Fragen, und wir können Ihnen auf diese Fragen nur immer die Wahrheit nach unserem jeweiligen Kenntnisstand sagen. Prälat Döring habe ich vorher schon geschrieben, dass mit keinen finanziellen Hilfen von der Bayerischen Staatsregierung gerechnet werden kann. Das war eine ganz klare Aussage von mir, und bei dieser klaren Aussage bleibe ich auch.

Mit Ihren Aussagen vor Ort und mit dieser Diskussion sorgen Sie dafür, dass bei den beiden Krankenhäusern Unruhe geschaffen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde das noch näher ausführen. Sie sorgen für Unruhe bei den beiden Krankenhäusern, indem Sie ständig den Sicherstellungsauftrag für die Patienten infrage stellen. Sie fragen ständig danach, ob denn die

beiden Krankenhäuser noch den Sicherstellungsauftrag erfüllen können.

(Frau Radermacher (SPD): Das hat doch die AOK geprüft!)

– Aber das ist Sache meines Hauses. Natürlich haben wir vor Ort die Belegungszahlen geprüft. Sie sprechen eine durchaus andere Sprache. Wir gehen auch in die beiden Krankenhäuser hinein und prüfen genau, ob der Sicherstellungsauftrag erfüllt wird. Die Belegungszahlen in Dillingen lagen von Januar bis Juni dieses Jahres bei 79,9%, also bei ca. 80%. Im Vergleich dazu lagen sie zwischen Januar und Juni 2000 bei 83,3%. Im Gesamtdurchschnitt des Jahres 2000 lagen sie bei 79,2%. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lagen sie bei 79,9%. In Buchloe sind die Belegungszahlen etwas heruntergegangen. Dort betrugen sie im Gesamtdurchschnitt des Jahres 2000 90,4%. Von Januar bis Juni 2001 lagen sie bei 85,9%.

(Güller (SPD): Das heißt aber noch lange nicht, dass die Mitarbeiter ihr Geld bekommen!)

– Das hat aber nichts mit dem Sicherstellungsauftrag zu tun. Sie müssen die Dinge wirklich genau auseinanderhalten. Deswegen bitte ich Sie darum, draußen vor Ort etwas verantwortungsbewusster aufzutreten.

(Güller (SPD): Das müssen gerade Sie uns sagen! Sie sind ja auf der falschen Baustelle!)

Ich halte das für sehr wichtig. Letztlich versuchen Sie im Moment nur, die Krankenhäuser totzureden. Sie argumentieren im Moment immer gleich, indem Sie ständig fordern, dass das Sanierungsgutachten der KPMG öffentlich diskutiert wird. Wir haben darauf überhaupt keinen Einfluss. Sie wissen ganz genau, dass dieses Gutachten Sache des Deutschen Ordens und Sache der Gläubigerbanken ist. Deshalb halte ich es für sehr richtig, dass das Sanierungsgutachten, welches die KPMG dem Sanierungsausschuss vorgelegt hat, allen Gläubigerbanken vorgelegt wird, so dass dann alle Gläubigerbanken diesem Sanierungsgutachten ihre Zustimmung – ich hoffe jedenfalls, die Zustimmung – geben können, damit dann mit der Sanierung des Deutschen Ordens zügig vorangeschritten werden kann. Ich möchte Sie ganz dringend darum bitten, die Verantwortlichkeiten nicht zu verwechseln.

Kollege Dürr hat auch noch einmal aus dem Interview „Schnäppchen wird hier keiner machen“ zitiert. Sie zitieren aber nicht die Stelle, wo die „Süddeutsche Zeitung“ folgende Frage stellt:

Werden der Freistaat Bayern und die katholische Kirche in die Pflicht genommen?

Hier antwortet Herr Pfeil:

Der Freistaat wird mit Sicherheit nicht in die Pflicht genommen werden.

Später fragt die „Süddeutsche Zeitung“:

Wie beurteilen Sie das Verhalten der Staatsregierung: War es nicht leichtsinnig, dem Orden den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen?

Darauf antwortet Herr Pfeil:

Die Schulden sind erst gemacht worden, als man in Bayern war. Hier hat sich eine Eigendynamik entwickelt: Größer, schöner, toller. Damit hat Stoiber aber nichts zu tun.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das ist der Punkt. Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis.

(Güller (SPD): Das wissen wir, dass Herr Stoiber nichts damit zu tun hat!)

Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass hier der Deutsche Orden als Körperschaft des öffentlichen Rechts in eigener Verantwortung gehandelt hat. Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass hier auch die Kirche in der Gesamtverantwortung steht und dass die Banken in der Gesamtverantwortung stehen, welche dem Deutschen Orden ungeprüft Darlehen in dieser Höhe gegeben haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie darum, einmal logisch und klar die Strukturen zu überdenken, welche aufzuarbeiten sind.

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Frau Staatsministerin Stewens (Sozialministerium): Nein. Ich würde es für richtig halten, dass die Verantwortlichkeiten an der richtigen Stelle gesucht werden. Das halte ich im Interesse einer gemeinsamen Verantwortung für die Werke des Deutschen Ordens in Bayern,

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

gerade vor dem Hintergrund der Zukunftsabsicherung der Krankenhäuser für wichtig. Das ist etwas, wofür wir uns, das bayerische Sozialministerium, aber auch die gesamte Staatsregierung, mit aller Kraft einsetzen. Dafür wäre es wichtig, dass Sie in diesem Bereich etwas mehr Verantwortungsgefühl zeigen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Minister will Stoiber noch verheizen?)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kellner.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatsministerin Stewens, Sie haben hier heute zum zweiten Mal wieder-

holt, bislang sei keine Mark des Freistaates Bayern geflossen, und vonseiten der Staatsregierung könne mit keiner finanziellen Hilfe gerechnet werden. Das hört sich gut an; insofern stimmt es auch, da aus Haushaltstiteln keine direkten Hilfen geleistet werden. Wofür halten Sie sich denn die Staatsbanken, zum Beispiel die Förderbank LfA? Da sieht es ganz anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie hier nicht: Die LfA kann in ihrem Verantwortungsbereich tun, was sie will.

(Ach (CSU): Im Rahmen des Gesetzes, selbstverständlich!)

– Sie kann das im Rahmen des Gesetzes tun. Im Dezember des letzten Jahres galt noch das alte Gesetz. Herr Kollege Ach, in § 6 Absatz 2 des LfA-Gesetzes steht: „Das Staatsministerium der Finanzen kann der Anstalt die Durchführung besonderer Finanzgeschäfte zuweisen“.

Ich habe mir gedacht, ich frage einmal den Herrn Finanzminister, ob er der LfA nach § 6 Absatz 2 des LfA-Gesetzes ein besonderes Finanzgeschäft zugewiesen hat. Ich habe ihn gefragt: „Nachdem die LfA im Dezember des vergangenen Jahres neben den Gläubiger-Banken und der katholischen Kirche an der finanziellen Hilfe für den Deutschen Orden beteiligt wurde, frage ich Sie, ob diese Hilfe der LfA als besonderes Finanzgeschäft nach § 6 Absatz 2 behandelt wurde.“ Darauf antwortet der Herr Finanzminister: „Die Finanzhilfe erfolgte auf der Grundlage des § 6 Absatz 2 des LfA-Gesetzes nach einer Zuweisung als besonderes Finanzgeschäft durch das Finanzministerium.“

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Wahrheit scheinchenweise!)

So ist das. Dazu müssen Sie auch stehen. Ich freue mich, dass Sie, Herr Kollege Dr. Bernhard, mir beige-sprungen sind. In Zukunft müssen diese Anweisungen in jedem Fall schriftlich erfolgen. Jetzt haben wir es schwarz auf Weiß.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Staatsministerin Stewens, der Freistaat Bayern hat durch seine hundertprozentige Tochter LfA Finanzhilfen gewährt. Soweit ich weiß, stehen hier 10 Millionen DM an Finanzhilfen im Raum. Sie sollten darauf drängen, dass der Haushaltsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung darüber informiert wird, was in diesem Sanierungsgutachten steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte keine Pleite erleben, weil das Geld nicht zurückgezahlt wird, weil der Deutsche Orden nicht sanierungsfähig ist. Das ist zu den Finanzhilfen des Freistaates Bayern zu sagen.

Herr Kollege Pschierer, Sie haben mir heute gefallen. Sie haben im Brustton der Überzeugung die Staatsregierung verteidigt. War das die Wiedergutmachung für Ihre sehr kritischen Worte, die am 19. Juni 2001 in der „Augsburger Allgemeinen“ zu lesen waren? Ich habe mir gedacht: Nicht schlecht, Herr Pschierer.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausnahmsweise!)

Darin steht: „Der Mindelheimer Landtagsabgeordnete Franz Pschierer bittet in einem Brief Sozialministerin Stewens, nicht für die Sanierung des finanziell angeschlagenen Sozialkonzernes einzutreten.“

(Beifall des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Pschierer, Sie müssten eigentlich heute unserem Antrag zustimmen.

(Pschierer (CSU): Das mache ich auch!)

„Stattdessen müssen für die vom Deutschen Orden betriebenen Krankenhäuser in Buchloe und in Dillingen schnell neue Träger gefunden werden.“

Richtig, Herr Pschierer. Frau Sozialministerin Stewens, ich lasse mich hier nicht damit abspeisen, dass Sie sagen: Das geht nicht so einfach. Ich bin immer davon ausgegangen, dass im Freistaat Bayern Krankenträger nur Organisationen mit hervorragendem Leumund sein dürfen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt haben wir hier mit dem Deutschen Orden einen Träger, der wirklich einen schlechten Ruf hat.

(Ach (CSU): Das ist sehr kleinäugig, Frau Kollegin!)

Sie sagen: Dem Deutschen Orden kann man die Trägerschaft nicht entziehen. Das kann doch wohl nicht sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jedem Gastwirt, jedem Kneipenbesitzer wird die Konzession für die Kneipe entzogen, wenn sein Ruf schlecht ist.

(Zuruf des Abgeordneten Ach (CSU))

– Nein, so ist es. Sie können uns nicht weismachen, dass ein Träger, der in dem Ruf steht, dass er seine Rechnungen nicht mehr bezahlen kann und dass die Dräger-Werke oder entsprechende Unternehmen kein Narkosegas mehr liefern, weil Rechnungen nicht bezahlt werden, gefördert wird. So einem Krankenhaus muss die Trägerschaft entzogen werden, und zwar sofort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gebietet die Fürsorge gegenüber den Patienten. Selbstverständlich muss auch sichergestellt werden,

dass die Krankenhäuser nahtlos weiter betrieben werden können. Die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages muss gewährleistet sein.

Herr Staatsminister Huber, Sie passen heute genau auf, dass Ihrem Herrn in der Staatskanzlei nichts passiert. Er ist heute schon wieder blass. Die Luft da drüben in der Staatskanzlei scheint ihm nicht gut zu bekommen.

(Herrmann (CSU): Mehr Farbe als Sie hat er allemal!)

Herr Huber, gelegentlich sagen Sie Sprüche auf, die ich gerne auf die Mitglieder der Staatsregierung übertrage. Herr Huber sagte letztes Jahr auf einer Verbandsversammlung: Politiker dürfen sich nicht hinter ihrer Verwaltung verstecken.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister, das gilt natürlich auch in besonderem Maße für den Herrn Ministerpräsidenten, der für diese Taten, für die er selbst verantwortlich ist, im Landtag einstehen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Er darf sich nicht über Monate hinweg davor drücken, hier zum Deutschen Orden Stellung zu nehmen. Er hat diese Sache dem Freistaat Bayern eingebrockt, und er muss hier Rede und Antwort stehen. Er kann nicht ständig Mitglieder seines Kabinetts vorschicken, die sich dieser Erbschaft, die sie zum Teil übernehmen mussten, nicht mehr erwehren können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Der nächste Redner ist Herr Kollege Strasser.

Strasser (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatsministerin hat heute von uns schon sehr viel Widerspruch erfahren. Frau Staatsministerin, bei einer Passage muss ich Ihnen allerdings Recht geben. Sie haben heute vor diesem Hohen Haus erklärt: Die Bayerische Staatsregierung wird sich in das Sanierungskonzept nicht einmischen; insofern haben Sie Recht. Aber Sie sind zu spät dran. Als Mitglied des Bayerischen Landtags hätten Sie Ihrem obersten Boss viel früher sagen müssen, sich nicht einzumischen; dies ist das Entscheidende. Mit dem Brief vom 19. 01. 1998 hat sich der Ministerpräsident in Verwaltungsvorgänge eingemischt, weswegen er auch die Verantwortung hierfür trägt. Er schrieb damals: „Ich möchte Dich, lieber Hans“ – gemeint ist Zehetmair – „deshalb vor diesem Hintergrund bitten“ – dass es dem Deutschen Orden sehr gut geht –, „den Antrag des Deutschen Ordens, der in den nächsten Wochen Deinem Haus vorgelegt wird, positiv zu beurteilen.“ Der Ministerpräsident hat sich eingemischt und trägt deshalb mit der Staatsregierung die volle Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kollegen von der CSU, Ihre Ausführungen zur Verantwortung finde ich rührend. Herr Pschierer fordert hier sogar, wir, die Sozialdemokraten und die Opposition, sollten zurückhaltend sein. Die CSU, die Staatsregierung und die Minister tragen für diese Situation die Verantwortung. Herr Kollege Pschierer, ich habe hier einmal gesagt: Am 11. August 2000 hat die SPD-Landtagsfraktion die Bayerische Staatsregierung, den Ministerpräsidenten persönlich und Frau Staatsministerin Stamm auf das Geschäftsgebaren des Deutschen Ordens aufmerksam gemacht. Staatssekretär Georg Schmid hat damals draußen in Dillingen erklärt, es sei unmöglich, wie sich hier der Deutsche Orden gebare und was er mache. Er hat dies angeprangert, aber in Wirklichkeit ist nichts getan worden. Es kann nicht so sein, dass die Kollegen der CSU hierher kommen und uns mahnen, zurückhaltend zu sein, und draußen vor Ort sammelt die CSU-Kreistagsfraktion in Dillingen Unterschriften gegen den Deutschen Orden. So geht es nicht. Was Sie anprangern, machen Sie seit Wochen und Monaten. Die CSU macht vor Ort Kampagnen gegen den Deutschen Orden, und die Junge Union sammelt Unterschriften. Dann kommen Sie hierher und mahnen die Opposition, zurückhaltend zu sein. Das ist frech. Machen Sie das, was Sie draußen fordern, nämlich die Trägerschaft zu wechseln, dann tun Sie wirklich etwas.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Wörner?

Wörner (SPD): Herr Kollege Strasser, sind Sie mit mir einer Meinung, dass das, was heute in diesem Hohen Haus geschieht, Folgendes ist: Wahrheit durch Mehrheit zu ersetzen?

(Widerspruch bei der CSU)

Strasser (SPD): Lieber Kollege Wörner, wir haben in diesem Hause schon öfter über kritische Themen diskutiert und immer wieder diese Erfahrung gemacht, Das war so bei den Dorfhelferinnen, bei der LWS und beim Deutschen Orden. Ich kann Ihnen nur zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, was Sie mit Ihrem Antrag genau wollen. Sie schreiben: von allen Bemühungen der Staatsregierung. Haben Sie uns erzählt, welche Bemühungen die Staatsregierung unternommen hat? Hat die Staatsregierung bereits Verhandlungen getätigt?

(Frau Radermacher (SPD): Er hat gesagt, es gebe keine Bemühungen!)

Der Antrag ist schwammig. Er hätte anders formuliert werden müssen: Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den Wechsel der Trägerschaft sofort einzuleiten. Dies ist bisher nicht geschehen. Deshalb werden wir

Ihrem Antrag nicht zustimmen, sondern uns der Stimme enthalten.

Lieber Herr Kollege Pschierer, für die Geschehnisse bei den Krankenhäusern tragen allein Ministerpräsident Dr. Stoiber, die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Pschierer (CSU): Das ist ein Schwachsinn!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Dr. Kaiser, bitte.

Dr. Kaiser (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erstens. Frau Ministerin Stewens, Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass die Krankenhäuser in Dillingen und Buchloe erhalten bleiben, aber kein Wort darüber gesagt, dass Sie einen Trägerwechsel außerordentlich erschwert haben, indem Sie zugelassen haben, dass der Freistaat Bayern seine Grundschulden gelöscht und dass der Deutsche Orden eine Briefgrundschuld eingetragen bekommen hat. Das war ein großes Versäumnis der Verwaltung, und damit haben Sie die Sanierung außerordentlich erschwert.

Zweitens. Herr Kollege Pschierer, Sie sagen, das UPMG-Gutachten sage eindeutig aus, dass ... – Woher kennen Sie dieses Gutachten eigentlich? Uns wird es vorenthalten – Sie kennen es offensichtlich. Ich bitte, dieses Gutachten im Haushaltsausschuss vorzulegen.

Drittens. Herr Justizminister, der Fraktionsvorsitzende der CSU hat in der Presseerklärung am 06.07. gesagt, es sei Sache der Staatsanwaltschaft, das Geschäftsgebaren des Deutschen Ordens, mit dem weder Mitglieder der Staatsregierung noch der Ministerpräsident etwas zu tun hätten, zu untersuchen und aufzuklären. Ich darf hier die Bitte äußern, dass Sie der Staatsanwaltschaft München II und insbesondere dem Generalstaatsanwalt sagen, die Ermittlungen sollten weder behindert noch abgebremst und blockiert werden. Ich bitte darum, dass auch die Staatsanwaltschaft die Dinge endlich energisch anpackt, wie es der Fraktionsvorsitzende der CSU verlangt hat.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Frau Kultusministerin Hohlmeier, ich erwarte noch eine Antwort auf die Frage nach der Stiftung des Deutschen Ordens und auf die dubiosen Immobiliengeschäfte im Nahen Osten. Das Stiftungskapital ist bis zum heutigen Tag nicht einbezahlt worden. In welchem Land sind wir eigentlich, dass jemand eine Stiftung macht, zum Notar geht und eine Stiftungsurkunde ausstellt, aber das Kapital nicht einbezahlt? Insofern sind Sie am Zuge, Ihre Verwaltung auf Vordermann zu bringen, damit das endlich aufgeklärt wird.

(Beifall bei der SPD)

Frau Stewens, ich bin sehr verwundert darüber, dass Sie die Aussage des Sanierers, alle Schulden seien in Bayern gemacht worden, hier im Landtag wiederholen. Der

Wirtschaftsprüfer hat folgende konkrete Zahlen festgestellt: Am 01.01.1999, dem Beginn des Geschäftsjahres der Körperschaft des Öffentlichen Rechts, hatte der Deutsche Orden Gesamtschulden in Höhe von 390 Millionen DM und Bankschulden in Höhe von 197 Millionen DM. Am Ende des Geschäftsjahres 1999, also vor einhalb Jahren, sind die Bankschulden auf 274 Millionen DM und die Gesamtschulden auf 398 Millionen DM angestiegen. Sie haben im Haushaltsausschuss gesagt, die Bankschulden lägen jetzt bei 319 Millionen DM. Man kann nicht sagen, alle Schulden seien in Bayern gemacht worden; denn der Deutsche Orden war bereits ziemlich knapp bei Kasse, als er nach Bayern kam. Deshalb war es ein Fehler, dem Orden die Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu verleihen. Hierfür trägt der Ministerpräsident die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Weiß.

Staatsminister Dr. Weiß (Justizministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich habe Verständnis dafür, dass man dann, wenn man ein gewisses politisches Ziel anstrebt, manchmal seine Worte etwas unbedarft wählt. Herr Kollege Kaiser, so sehr Sie sich in der Sache engagieren, halte ich es doch für eine Unverschämtheit, hier in den Raum zu stellen, dass auf die Staatsanwaltschaft irgendein Einfluss genommen worden sei. Ich war selbst Staatsanwalt und weiß genau, wie schwer diese Arbeit ist. Ich weiß natürlich, dass von außen immer wieder versucht wird, Einfluss zu nehmen. Sie versuchen laufend, mit Anträgen und Anfragen hier einen Einfluss geltend zu machen, genauso wie die andere Seite immer wieder versucht, hier auch ihre Rechte geltend zu machen.

Ich lasse diese Staatsanwaltschaft ungestört arbeiten, solange ich der Meinung bin, dass sie ihre Arbeit richtig macht; und sie macht ihre Arbeit richtig. Ihnen gefällt die eine oder andere Entscheidung vielleicht nicht, weil Sie von der Sache oder von der Arbeit der Staatsanwaltschaft zu wenig verstehen. Auf jeden Fall ist die Staatsanwaltschaft nicht dazu da, um von Ihnen gewünschte politische Hinrichtungen zu vollziehen, sondern dazu, sauber zu ermitteln. Dafür, dass Sie sauber ermittelt, stehe ich gerade.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Hohen Hause mitteilen, dass ich am Dienstag, dem 10. Juli 2001 den Ministerpräsidenten schriftlich für die Plenarsitzungen am Mittwoch und Donnerstag entschuldigt habe, für den Donnerstag deshalb, weil er sich in wenigen Minuten mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Annan trifft und deshalb dieser Sitzung nicht beiwohnen kann. Ich hätte bei dem Antrag der SPD auf Zitierung des Ministerpräsidenten erwartet,

dass der amtierende Präsident die schriftliche Entschuldigung an den Präsidenten des Bayerischen Landtags dem Hohen Hause mitteilt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Staatsminister, gestatten Sie – –

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Nein. – Es ist der Eindruck entstanden, und er ist möglicherweise mutwillig im Raum stehen gelassen worden, als wäre der Ministerpräsident dieser Plenarsitzung unentschuldigt ferngeblieben. Das ist falsch. Ich frage, meine Damen und Herren: Was haben schriftliche Entschuldigungen an den Präsidenten des Landtags für einen Sinn, wenn sie im Streitfall dem Hohen Hause nicht mitgeteilt werden?

(Beifall bei der CSU)

Als Mitglied der CSU-Fraktion sage ich: Es ist möglicherweise einmal notwendig, die Amtsführung des Vizepräsidenten Ritzer einer genauen Überprüfung zu unterziehen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Die Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erheben sich von ihren Plätzen – Gartzke (SPD): Soweit sind wir noch nicht! – Mehrlich (SPD): Brunnenvergifter! – Lang anhaltende lebhaft Unruhe – Glocke der Präsidentin – Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN verlassen den Saal – Gabsteiger (CSU): Wer raus geht, muss auch wieder reinkommen! – Zuruf von der CSU: Wiedersehen bei der namentlichen Abstimmung!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Meine Damen und Herren, ich bitte die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren in der Sitzung fort.

Staatsminister Huber (Staatskanzlei): Meine Damen und Herren! Seit Wehners Zeiten gilt der Grundsatz: Wer auszieht, muss auch wieder einziehen.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

Außerdem halte ich es für ein Armutszeugnis der Opposition, sich einer parlamentarischen Auseinandersetzung zu entziehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Dem interessierten Teil des Hohen Hauses darf ich einige Zusammenhänge betreffend die Angriffe auf den Ministerpräsidenten darstellen.

(Gabsteiger (CSU): Hoderlein ist auch noch da! – Abgeordneter Hoderlein (SPD) verlässt den Saal)

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation des Deutschen Ordens ist nicht zu beschönigen. Ob aus

Unvermögen oder anderen Gründen: Die Verantwortlichen haben beim Deutschen Orden ein wirtschaftliches Desaster angerichtet und große Schwierigkeiten herbeigeführt. Es wird größter Anstrengungen bedürfen, um Einrichtungen zu sichern und weiter zu führen. Es geht um Arbeitsplätze, und es geht auch darum, dass diese Einrichtungen für die Behinderten und die Kranken weitergeführt werden können. Die Staatsregierung hat von Anfang an erklärt, dass sie bereit sei, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Sanierung der Einrichtungen mitzuwirken. Das war das eine.

Das andere ist, was die Opposition – SPD und GRÜNE, die gerade vor mir geflohen sind –

(Lachen bei der CSU)

mit ihrer Strategie gemacht haben, nämlich, das Verhalten des Deutschen Ordens zu kritisieren und die Verantwortung 1 : 1 auf den Freistaat Bayern zu übertragen. Dies ist sowohl rechtlich als auch politisch unzulässig. Wer so etwas macht, ist entweder grenzenlos dumm oder unbelehrbar böswillig.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Kollegin Stewens hat dem Hohen Haus oftmals mitgeteilt, dass mit dem Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts keine Staatsaufsicht, keine Staatshaftung und keine Informationsrechte verbunden seien. Das heißt, dass allein aus der Tatsache, dass eine Organisation als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist, in dem Fall eine religiöse Ordensgemeinschaft, der Staat – leider, aber es ist so – keine besonderen Aufsichts- und Informationsrechte und dergleichen ableiten kann. Er hat deswegen auch keinerlei Verantwortung für das finanzielle Gebaren und die Entscheidungen. Diese einfach der Staatsregierung und der Politik zuzuschreiben, hat nur einen Grund, nämlich den, uns in ein schiefes Licht zu ziehen. Letztlich liegt die Ursache darin, dass SPD und GRÜNE eine gewissen Rufmordkampagne gegen den Ministerpräsidenten Stoiber betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Man kann nicht nach der Taktik verfahren, viele Monate lang immer wieder dieselben Fragen zu stellen, die Antworten nicht zur Kenntnis zu nehmen und den Eindruck zu erwecken, als gäbe es riesigen Aufklärungsbedarf. Ich muss darauf verweisen, dass sich die Staatsregierung bemüht hat, alle Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, nach bestem Wissen und Gewissen dem Hohen Hause zu beantworten. Wegen Unterlagen, über die wir nicht verfügen oder aus rechtlichen Gründen nicht darstellen können, kann der Staatsregierung nichts angelastet werden. Ich möchte für Ministerpräsident Edmund Stoiber feststellen, dass er an wirtschaftlichen Entscheidungen des Ordens zu keinem Zeitpunkt beteiligt war, dass er wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten des Ordens im Frühsommer 2000 aus der Presse erfahren hat und dass die Familiengemeinschaft, zu der er gehört, nach der Satzung und ihrem tatsächlichen Gebaren in keiner Weise mitverantwortlich war für die wirtschaftlichen Abläufe innerhalb des Ordens und für dessen Einrichtungen. Es ist eine

ideelle Gemeinschaft, die nach Satzung und im tatsächlichen Gebaren streng getrennt von den wirtschaftlichen Abläufen war. Ich halte es für einen nicht zulässigen politischen Trick, dem Ministerpräsidenten aus dieser Tatsache Vorwürfe zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Auch Kollegin Stewens sagte bereits, dass sich diese Kampagne von SPD und GRÜNEN gegen den Ministerpräsidenten im Endeffekt zum Schaden der Einrichtungen und der Arbeitsplätze des Deutschen Ordens auswirken. Darauf hat auch Fraktionsvorsitzender Alois Glück völlig zu Recht zu Beginn hingewiesen. Ich spreche niemandem ab, der sich um Einrichtungen vor Ort bemüht, dass er rechtschaffene Gründe hat. Man sollte all seine Möglichkeiten gut nutzen, um die Einrichtungen zu erhalten. Wer aber monatelang – wie SPD und GRÜNEN – in der Öffentlichkeit den Deutschen Orden immer nur in größere Schlagzeilen bringt, leistet keinen sinnvollen und sachgerechten Beitrag zur notwendigen Sanierung, sondern der betreibt ein einseitiges politisches Geschäft gegen die CSU und nimmt billigend in Kauf, dass der Deutsche Orden damit weiteren Schaden erleidet.

(Beifall bei der CSU)

Ich werfe Ihnen nicht vor, Herr Kollege Kaiser, dass Sie in der Opposition sind, Oppositionsarbeit leisten und eine politische Auseinandersetzung mit CSU, Staatsregierung und Ministerpräsidenten führen. Ich werfe Ihnen aber vor, dass Sie sich nicht bemühen, Schaden vom Deutschen Orden abzuwenden, oder vielleicht ihn sogar billigend in Kauf nehmen, dass Sie Vorgänge, die sich nur beim Deutschen Orden abspielen und für die es keine politische und staatliche Mitverantwortung gibt, ganz einfach der Staatsregierung und dem Ministerpräsidenten anlasten. Ich sage: SPD und GRÜNE in Bayern sind nicht in der Lage, eine politische Auseinandersetzung gegen CSU und Stoiber zu führen.

Deshalb greifen Sie zu den Mitteln des Rufmords.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Kaiser ist dafür bekannt!)

Ich fordere die SPD und die GRÜNEN dazu auf, zu dem zurückzukehren, was jetzt unsere Aufgabe sein muss, nämlich dafür zu sorgen, dass die entstandenen Schäden nicht auf Arbeitsplätze und Einrichtungen übergreifen, in denen kranke, behinderte und ältere Menschen versorgt und Suchtkranke gepflegt werden. Es darf nicht sein, dass die parteipolitische Auseinandersetzung oder möglicherweise Wahlkämpfe, die irgendwann anstehen, so weit führen, dass man keinerlei Rücksicht mehr auf diese Einrichtungen nimmt. Ziehen Sie die Einrichtungen und deren notwendige Sanierung nicht in die parteipolitische Auseinandersetzung hinein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Die Fakten zeigen, dass den bayerischen Ministerpräsidenten, was wirtschaftliche Vorgänge des Deutschen

Ordens angeht, nicht die geringste Verantwortung trifft, weil er zu keinem Zeitpunkt an den wirtschaftlichen Entscheidungen des Deutschen Ordens beteiligt war und zu keinem Zeitpunkt darüber informiert war, sondern erst dann, als dies allgemein aus der Presse zugänglich war.

Deshalb fordere ich Sie auf: Beenden Sie diese Kampagne! Sie ist aus meiner Sicht beleidigend, herabsetzend und der politischen Kultur, die Sie sonst immer predigen, unwürdig. Rot-Grün sollte daher davon abkommen, sich als rufmordlüsternes Durcheinander zu gebaren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Meine Damen und Herren, ich unterbreche diese Sitzung für eine Sitzung des Ältestenrats und bitte die Mitglieder des Ältestenrats ins Konferenzzimmer.

(Zurufe: Abstimmung! – Unruhe)

Die Dauer der Ältestenratssitzung ist im Moment nicht absehbar. Ich nehme an, sie wird eine Viertelstunde bis 20 Minuten dauern.

(Unterbrechung von 10.52 Uhr bis 12.21 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf, die insbesondere für eine Ältestenratssitzung unterbrochen worden ist. Heute Vormittag wurde bekanntlich beantragt, den Herrn Ministerpräsidenten, der schriftlich entschuldigt war, in die Plenarverhandlung zu rufen. Diese Entschuldigung war den Fraktionen über das Telefon mündlich bekannt gegeben worden. Herr Staatsminister Huber hatte gerügt, dass sie in der Diskussion nicht noch einmal förmlich bekannt gegeben wurde.

Dieser Fragenkomplex war Gegenstand der Verhandlung im Ältestenrat. Es blieben im Ältestenrat zwei Differenzen: erstens in der Frage, ob der amtierende Vizepräsident Herr Dr. Ritzer diese Entschuldigung hier hätte verlesen müssen, wie es Herr Huber forderte. Die SPD-Fraktion vertrat dazu die Auffassung, die Entschuldigung sei hinlänglich bekannt gewesen, sie sei auch aus dem Diskussionsbeitrag von Herrn Güller hervorgegangen.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit, weil diese Fragen bereits der Ältestenrat behandelt hat und es nicht mehr Aufgabe des Plenums ist, die Verhandlungen neu aufzugreifen.

Die SPD-Fraktion hat die Auffassung vertreten, die Entschuldigung sei hinlänglich bekannt gewesen. Herr Güller habe selbst auf die Verhinderungsgründe hingewiesen. Dies sei aus seinem Diskussionsbeitrag deutlich hervorgegangen. Deshalb habe für den amtierenden Präsidenten keine Verpflichtung bestanden, sie nochmals förmlich vorzutragen.

Die CSU-Fraktion stellte sich auf den Standpunkt, dass es aufgrund der zugespitzten Diskussion – weil innerhalb der Diskussion eine besondere Situation entstanden sei – notwendig geworden sei, diese Entschuldi-

gung, die übrigens nicht in den Sitzungsunterlagen lag, im Plenum nochmals förmlich vorzutragen.

Ein zweiter Differenzpunkt war folgender: Die SPD-Fraktion verwies darauf, dass es einem Mitglied der Staatsregierung nicht zustehe, die Amtsführung des Präsidenten in der öffentlichen Sitzung zu rügen, und dass so etwas allenfalls im Ältestenrat vorzutragen sei.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister Huber sei als Minister aufgetreten, wie zweifelsfrei erkennbar gewesen sei.

Die CSU-Fraktion verwies darauf, dass sich Herr Staatsminister Huber, wie der Protokollauszug ergeben hat, ausdrücklich als Mitglied der CSU-Fraktion benannt habe.

(Beifall bei der CSU)

Als solches CSU-Mitglied habe er seine Forderung erhoben. Ein solcher Rollentausch innerhalb eines Redebeitrags sei durchaus denkbar.

Dies waren die beiden Differenzpunkte. Der Ältestenrat hat mit diesem Ergebnis abgeschlossen und davon abgesehen, einen förmlichen Beschluss zu fassen.

Herr Kollege Güller hat jetzt um die Möglichkeit einer persönlichen Erklärung nach § 111 der Geschäftsordnung gebeten.

Güller (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Namens der SPD-Fraktion weise ich die geäußerte Kritik an der Amtsführung von Herrn Vizepräsidenten Dr. Ritzer auf das Entschiedenste zurück.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Präsident Böhm: Herr Kollege Güller, es geht um Erklärungen und nicht um Sachbeiträge.

(Hofmann (CSU): Er ist Jurist und missbraucht die Geschäftsordnung!)

Güller (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Nach meiner Auffassung und nach Auffassung der SPD-Fraktion steht weder einem Staatsminister Huber noch einem Landtagsabgeordneten Huber von dieser Stelle aus Kritik an der Amtsführung des Vizepräsidenten zu. Dies ist nach allgemeiner Übung in diesem Haus im Ältestenrat zu diskutieren und dort vorzubringen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Ich bin darüber entsetzt, dass Sie diese Debatte und das Ansehen des Vizepräsidenten zu einem Ablenkungsmanöver davon missbrauchen, was heute eigentlich Gegenstand der Debatte war, nämlich, dass es der

Ministerpräsident nicht für nötig empfindet, in dieses Haus zu kommen.

(Beifall bei der SPD – Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Auf der einen Seite von der Stärkung dieses Parlaments zu reden, wort- und tränenreich Artikel zu veröffentlichen, aber auf der anderen Seite nicht die Größe aufzubringen, auch als CSU-Fraktion der Herbeizitierung des Herrn Ministerpräsidenten bei für den Freistaat und seinen Menschen so wichtigen Themen zuzustimmen, halte ich für unangemessen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Präsident Böhm: Eine Erklärung des Herrn Vorsitzenden Glück.

Glück (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen der CSU-Fraktion erkläre ich: Herr Kollege Huber hat unter ausdrücklichem Hinweis, dass er dieses als Mitglied der CSU-Fraktion sagt – –

(Allgemeine Unruhe und Zurufe von der SPD)

– Vielleicht hören Sie zunächst einmal zu, bevor Sie sich eine Meinung bilden. Herr Kollege Huber hat unter ausdrücklichem Hinweis, dass er dieses als Mitglied der CSU-Fraktion anmerkt, laut Protokoll erklärt, es sei möglicherweise einmal notwendig, die Amtsführung des Herrn Vizepräsidenten zu überprüfen.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage, ob innerhalb des Redebeitrags gewissermaßen dieser Rollenwechsel zur Fraktion und ein Sprechen als Mitglied der Fraktion möglich ist, ist, wie dargestellt wurde, im Ältestenrat kontrovers beurteilt worden. Nicht strittig kann sein, dass ein Mitglied des Hohen Hauses und ein Mitglied der Staatsregierung als Mitglied der Fraktion sagt: Ich beantrage eine Behandlung der Amtsführung im Ältestenrat. Herr Kollege Huber hat sich sehr viel vorsichtiger ausgedrückt.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Starzmann (SPD): Sie lachen doch selber!)

Sie mögen sagen, es sei die ihm eigene Geschicklichkeit, das so oder wie auch immer zu formulieren.

(Zurufe von der CSU – Große Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich habe zwar den Lautsprecher zur Verfügung, aber es ist wenig hilfreich, wenn ich die Verstärkung dazu benutzen muss, um mich überhaupt verständlich zu machen. Tatsache ist, dass es insoweit, wie dargestellt wurde, im Ältestenrat eine unterschiedliche Beurteilung gegeben hat. Im Übrigen ist es Faktum, dass wir in früheren Legislaturperioden Debatten in dieser Art nicht geführt haben. Es lohnt sich, darüber nachzudenken.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte keine Schärfe in die Diskussion bringen, weil die Beratungen hier im Hause auf Dauer nur dann funktionieren können, wenn wir uns über Modalitäten immer wieder verständigen. Wenn Sie glauben, massiv Kritik üben zu müssen, dann rate ich Ihnen zu überlegen, warum wir in früheren Legislaturperioden Debatten dieser Art nicht hatten. Das liegt nicht nur an Mitgliedern unserer Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen stelle ich fest, Herr Kollege Güller, dass es natürlich eine politische Demonstration ist, die Zitierung des Ministerpräsidenten zu verlangen, obwohl Sie wussten, dass er nicht anwesend sein kann.

Präsident Böhm: Herr Kollege Glück, wir wollen die alte Diskussion nicht wieder aufleben lassen. Es geht nur um Erklärungen.

Glück (CSU): Das ist schon richtig; aber Kollege Güller hat am Schluss eine politische Bewertung abgegeben und nicht nur zum Vorgang gesprochen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb will ich hinzufügen, dass wir diesen Antrag trotz dieser Kenntnis nicht kritisiert haben. Ich stelle aber ausdrücklich fest, dass alle nach der Verfassung für diesen Fachbereich zuständigen Mitglieder der Staatsregierung im Plenum anwesend waren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Eine weitere Erklärung trägt Frau Kollegin Stahl vor. Dann wollen wir aber die Kette abschließen.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich finde es eigentlich unnötig, die Diskussion fortzuführen. Ich bedauere, dass meine Vorredner die Debatte noch einmal aufgegriffen haben. Das zwingt mich dazu, noch einmal Position zu beziehen.

Präsident Böhm: Wenn andere Fehler machen, sollte man sie nicht selbst wiederholen, Frau Kollegin Stahl.

Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen noch nicht, was ich sage, Herr Präsident. Durch jedes weitere Wort wird die Reputation des stellvertretenden Landtagspräsidenten beschädigt. Daher werde ich mich zu diesem Punkt der Diskussion nicht mehr äußern. Ich will nur sagen, dass auch wir durchaus einige Kritikpunkte, die sich auf andere Mitglieder des Hohen Hauses, der Staatsregierung und was noch so daran hängt, haben, die wir ansprechen könnten. Wir werden das aber nicht tun, weil hier nicht der Ort dafür ist. Das gehört in den Ältestenrat. Ich hätte mir jedoch ein deutliches Wort dazu gewünscht, dass man an der Amtsführung des stellvertretenden Landtagspräsidenten keinen Zweifel hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hofmann (CSU): Wenn aber Zweifel vorhanden sind?)

Ich finde es beschämend, dass wir mit einer solchen Infragestellung in die Sommerpause gehen werden.

(Hölzl (CSU): Ursache und Wirkung!)

Das war nicht nötig. Wir sollten – und da schließe ich alle ein – in der letzten Stunde einen anderen Stil pflegen, als es in den vergangenen drei Tagen der Fall war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Böhm: Wir sollten uns jetzt wieder auf die Punkte der Tagesordnung konzentrieren. Wir haben noch die Behandlung der Dringlichkeitsanträge zum Komplex Deutscher Orden abzuschließen. Die Aussprache war schon geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu allen drei Dringlichkeitsanträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt. Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend Deutscher Orden auf Drucksache 14/7179 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind entsprechend gekennzeichnete Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Oppositionsseite, die Nein-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Urne für Stimmhaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Es kann nun mit der Stimmabgabe begonnen werden. Dazu stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.34 bis 12.40 Uhr)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die Abstimmung ist abgelaufen. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt; das Ergebnis der Abstimmung gebe ich später bekannt.

In der Zwischenzeit führen wir die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Deutscher Orden: Finanzielle Risiken offen legen und verringern“ auf Drucksache 14/7180 durch. Hierzu hat die CSU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt. Danach sollen in den Einleitungssatz nach dem Wort „aufgefordert“ die Worte „soweit rechtlich möglich“ eingefügt werden. Die Antragsteller sind mit dieser Änderung einverstanden. Ich stelle deshalb den Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung. Bei dieser Abstimmung befinden sich auf beiden Seiten des Plenarsaals im Bereich der Eingangstüren die Ja-Urnen. Die Nein-Urne und die Urne für die Stimmhaltungen befinden sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.41 bis 12.47 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird wiederum außerhalb des Plenarsaals ermittelt und von mir später bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend Weiterführung von Einrichtungen des Deutschen Ordens auf Drucksache 14/7272. Die Ja-Urne befindet sich bei dieser Abstimmung auf der Seite der CSU-Fraktion. Die Nein-Urne ist auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Urne für die Stimmhaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen wiederum fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.48 bis 12.53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Behandlung der Dringlichkeitsanträge war eineinhalb Stunden unterbrochen. Sie wird nun bis 14.00 Uhr fortgesetzt.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Herrmann und anderer und Fraktion (CSU)

Instandsetzungswerke der DB AG in Nürnberg und Neuaubing erhalten (Drucksache 14/7181)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Dr. Scholz, Hoderlein und anderer und Fraktion (SPD)

DB-Ausbesserungswerke „Nürnberg und Neuaubing“ erhalten und Standort Bayern in der Schienenverkehrstechnik stützen (Drucksache 14/7182)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Herr Dr. Bernhard, bitte.

Dr. Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist wichtig und richtig, dass wir diese beiden Dringlichkeitsanträge jetzt noch behandeln. Es stehen tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel. Wenn wir die Anträge in die Ausschüsse überweisen würden, ginge möglicherweise zu viel Zeit verloren. Ich bitte daher um Verständnis, dass wir diese Anträge jetzt hier behandeln.

Der Sachverhalt ist folgender: Die Deutsche Bahn AG hat beschlossen, acht respektive neun von 19 sogenannten C-Werken zu schließen. Das sind Werke, in denen die Grundinstandhaltung von S-Bahn- und ICE-Zügen erfolgt. Das Ganze nennt sich Konsolidierungsprogramm Fahrzeuginstandhaltung. Wir denken, es handelt sich hier nicht um eine Konsolidierung. So, wie es jetzt geplant ist, handelt es sich eher um einen Kahlschlag im Bereich der Instandsetzung in Süddeutsch-

land. Man muss wissen, dass es künftig im Saarland, in Thüringen, in Baden-Württemberg und in Bayern kein C-Werk mehr geben wird. Es wird ein solches Werk in Kassel geben, das zudem noch ausgebaut wird. Dieses Werk liegt zufälligerweise im Wahlkreis des Bundesfinanzministers. Man muss sich allerdings vergegenwärtigen, dass fast 30% der Instandhaltungsleistungen und -anforderungen aus dem südlichen Raum kommen, in dem es nun kein C-Werk mehr geben wird. Wir betrachten das – ich glaube, das muss man bei aller Gemeinsamkeit für das Anliegen sagen – als den Versuch einer parteipolitischen Konsolidierung. Es ist tatsächlich so: Dort, wo die Union regiert, werden die Werke geschlossen. Das ist zum einen eine Politik auf dem Rücken der Arbeitnehmer hier bei uns im Süden. Diese Politik ist zum anderen vor allem auch deshalb völlig falsch, weil wir damit die Instandhaltungssituation massiv verschlechtern. Die Züge müssen in Zukunft aus dem Süden nach Krefeld oder sonst wohin transportiert werden. Das ist nicht sinnvoll. Das geht zulasten der Sicherheit und der Wartung im Süden

(Zustimmung bei der CSU)

Meine Damen und Herren, all das soll geschehen, obwohl die beiden genannten Werke rentabel sind, obwohl Überstunden gefahren werden, obwohl die Investitionsaufwendungen im Norden wesentlich höher sind als im Süden. Man schätzt, dass in Nordrhein-Westfalen etwa 275 Millionen DM notwendig sind, um die dortigen Anlagen überhaupt in den Stand zu versetzen, Instandhaltung durchzuführen, während in Nürnberg beispielsweise nur 35 Millionen DM notwendig wären. Es wird dazu kommen, dass Know-how vernichtet wird; es handelt sich schließlich um Technologiearbeitsplätze. Außerdem – ich habe es schon gesagt – wird die Wartungssituation katastrophal verschlechtert. Es ist vor allem auch so – das beklagt der Betriebsrat zu Recht –, dass die vorgesehene Schließung nicht vernünftig begründet ist und nicht mit Daten belegt ist. Auch das Roland-Berger-Gutachten ist in vielerlei Hinsicht völlig unbefriedigend. Das heißt, die Bahn muss zunächst einmal die Karten auf den Tisch legen. Wir müssen wissen, wie die Zahlen wirklich aussehen. Dann wird die Entscheidung wahrscheinlich noch unvertretbarer sein, als sie gegenwärtig schon erscheint.

Was hier geschieht, erfolgt mit einer gewissen Kalküllosigkeit. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es sich um eine Abstrafung des Südens handelt. Die Bundesregierung – dies müssen Sie sich noch einmal vergegenwärtigen – bekundet auf Anfragen von Bundestagskollegen absolutes Desinteresse an diesem Thema und weicht mit formalen Gründen jeder Stellungnahme aus. Da wird auf die Geschäftsordnung des Bundestages verwiesen und darauf, dass die Bahn eine Aktiengesellschaft ist. Jeder von uns weiß aber natürlich, dass solche Entscheidungen mit dem verantwortlichen Bundesverkehrsminister abgesprochen sind.

Die SPD wirft ebenfalls Nebelkerzen. Sie haben Ihren Antrag jetzt stark abgespeckt und konkretisiert. Ich verweise darauf, dass das Ausbesserungswerk Neuaubing bei Ihnen im Text zunächst gar nicht enthalten war, was ich gestern bei der Versammlung der Arbeitnehmer

unten im Landtagsgebäude auch schon angesprochen habe.

Jetzt will ich noch etwas speziell zu München sagen. Auf Nürnberg wird Kollege Söder später noch eingehen. Besonders grotesk ist, was jetzt in Bezug auf das Ausbesserungswerk München abläuft. Der Betriebsrat hat einen Vorschlag gemacht, der nach unserer Auffassung sehr vernünftig ist. Er hat nämlich eine Angliederung des jetzigen Ausbesserungswerkes an ein so genanntes B-Werk, das es schon gibt, vorgeschlagen. Diese Angliederung wäre mit relativ geringem Investitionsaufwand möglich. Dann würde ein Großteil der Arbeitsplätze erhalten, und es würde vor allem auch die Wartungssituation verbessert, weil es Synergieeffekte zwischen den beiden Wartungsbereichen gäbe.

Die Deutsche Bahn weigert sich, auch nur darüber zu sprechen. Dass Sie die Koalition in Berlin nicht dazu bringen, dass die Deutsche Bahn über einen solchen Betriebsratsvorschlag wenigstens verhandelt, ist schon grotesk.

(Beifall bei der CSU)

Da müssen Sie sich schon fragen lassen, was Sie in Berlin überhaupt zu reden haben und erreichen können.

Es wird ständig an die Staatsregierung appelliert. Das ist durchaus vernünftig. Das tun wir auch. Sie müssen aber, so glaube ich, einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Staatsregierung und insbesondere Minister Wiesheu – ihm möchte ich auch von dieser Stelle aus ganz herzlich danken, weil er sich in dieser Frage massiv engagiert hat – seit Wochen für diese beiden Werke kämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Wiesheu hat gesagt: Wir nehmen Geld in die Hand. – Wir haben bis heute noch nicht klären können, wie viel Geld Nordrhein-Westfalen angeblich in die Hand nimmt. Wir haben gesagt: Wir nehmen Geld in die Hand, wir helfen bei den Investitionen. – Was hat Herr Bodewig gemacht? Er hat an die Deutsche Bahn geschrieben und gebeten, den Abbau der Arbeitsplätze sozialverträglich zu gestalten. Das war die bisherige Unterstützung der Bundesregierung, und das müssen die betroffenen Arbeitnehmer auch wissen.

Weiter hat Otto Wiesheu gesagt: Das ist ein so massiver Schlag gegen die Arbeitnehmer, aber auch gegen die Wartungssituation in Süddeutschland, dass ich das zum Anlass nehmen werde, die Bestellpolitik des Freistaates Bayern zu verändern. – Auch das ist ein Punkt, an dem klar Flagge gezeigt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Inzwischen ist von der Deutschen Bahn den Leuten, jedenfalls in München, gesagt worden: Sucht euch bei Dritten einen Arbeitsplatz! – Es stimmt überhaupt nicht, dass die Bahn bereit ist, die Arbeitnehmer in anderen Bereichen unterzubringen. Ihnen ist empfohlen worden, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen. Dabei muss man wissen, dass diese Bahnwerker eine Zulage von

etwa 800 DM im Monat erhalten. Das heißt, selbst wenn sie bei der Bahn einen anderen Arbeitsplatz bekommen, ist das bei einem Bruttogehalt von 4500 DM eine Menge Geld. Wenn es dazu kommt, wird die soziale Situation der Arbeitnehmer also erheblich verschlechtert.

Ich will an die Adresse der Bahn auch Folgendes sagen: Die Bahn braucht uns immer wieder. Bei mir im Stimmkreis wird eine ICE-Strecke gebaut. Dabei gibt es viele Diskussionen über Lärmschutz und anderes mehr. Die Bahn braucht auch die Politik in Bayern. Ich will deshalb an die Adresse der Bahn sagen: Das, was hier geschieht, auch überfallartig geschieht, ist völlig unakzeptabel und wird das Klima zwischen Bahn und mir und sicherlich auch anderen massiv verschlechtern. Das muss auch die Deutsche Bahn AG wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will auch Folgendes noch einmal deutlich herausstellen: Der Freistaat Bayern engagiert sich nachhaltig – ich habe das geschildert –, aber die Verantwortung und vor allen Dingen die Entscheidung liegt bei der Deutschen Bahn und beim Eigentümer Bund und Bundesregierung. Wir setzen uns gemeinsam ein, aber auch das muss klar herausgestellt werden und allen Betroffenen klar sein.

Die letzte Bemerkung von mir: Es liegt nicht an der Privatisierung. Die Privatisierung war dringend notwendig und ist auch von allen politischen Kräften, Herr Wörner, unterstützt worden, weil eine Verfassungsänderung notwendig war. Aber weil Sie gerade so lachen, komme ich jetzt noch einmal auf die Landeshauptstadt München und deren Unterstützung für den Erhalt des Bahnausbesserungswerkes München zu sprechen.

Stadtrat Pfundstein hat folgenden Antrag gestellt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München appelliert nochmals eindringlich an den Bundeskanzler und an den Bundesverkehrsminister, die Vorschläge des Betriebsrates des DB-Ausbesserungswerkes Neuaubing zu unterstützen und auf die Bundesregierung entsprechend einzuwirken.

Der Stadtrat bekräftigt, dass als Ersatz für die verdrängten Bahnnutzungen auf dem Gelände Neuaubing kein wirtschaftliches Aufwertungspotenzial realisiert wird.

Das bedeutet also, dass nicht augenzwinkernd in der Zwischenzeit mit der Bahn die Aufwertung des Geländes und die Flüssigmachung von Geld besprochen wird. Die Stadt Nürnberg hat Letzteres im Übrigen beschlossen, was ich sehr begrüße. Was hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München getan? Rot und Grün haben diesen Antrag eiskalt abgelehnt. Sie sollten also nicht immer behaupten – deshalb habe ich auch darauf bestanden, dass das aus Ihrem Dringlichkeitsantrag herauskommt –, dass die Stadt München die Eisenbahner hier unterstütze.

Ein Letztes zu unserem Antrag. Im letzten Spiegelstrich soll hinter den Worten „der Deutschen Bahn AG“ eingefügt werden: „und beim Vorstand der DB AG“.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Vielen Dank, Herr Dr. Bernhard. Herr Dr. Scholz, bitte.

Dr. Scholz (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Gestern war hier im Landtag eine Delegation von etwa 400 Mitarbeitern des Ausbesserungswerkes Nürnberg. Das sollte keine offizielle Demonstration sein. Die Mitarbeiter wollten mit diesem Besuch nachdrücklich darauf hinweisen, dass es dringend notwendig ist, hier helfend einzugreifen und seitens des Landtages Unterstützung zu geben. Sie hatten ein an uns gerichtetes Flugblatt dabei, in dem es sinngemäß heißt: Sehr geehrte Damen und Herren! Sie entscheiden heute in der Landtagssitzung, ob Sie den Erhalt des letzten DB-Instandsetzungswerkes in Bayern, ja in Süddeutschland unterstützen. –

Die Beschäftigten des Werkes Nürnberg und ihre Gewerkschaft, die Transnet, haben dem Vizepräsidenten Ritzer eine Resolution mit über 5000 Unterschriften übergeben. Das ist eine Unterstützung, die weit über die 800 Betroffenen hinausgeht. Von den 800 betroffenen Arbeitsplätzen befinden sich etwa 620 direkt im Ausbesserungswerk und 90 weitere in einem anderen Teilbereich. Außerdem sind 100 Ausbildungsplätze betroffen. In der Resolution wird an den Landtag appelliert, eine gemeinsame Beschlussfassung zu ermöglichen. Nachdem so manche Kröte geschluckt werden musste, sollte gemeinsam mit den Arbeitnehmerorganisationen und den Beschäftigten über alle politischen Grenzen hinweg einheitlich vorgegangen werden.

Weiter heißt es in der Resolution:

Wir sind uns sicher, dass der Vorstand der DB AG, Herr Mehdorn, Gesprächsbereitschaft, gar Beweglichkeit in der Standortfrage nur durch ein deutliches Signal des Bayerischen Landtages und der Bayerischen Staatsregierung erkennen lassen wird. Die Gründe für das Berger-Gutachten sind im Wesentlichen widerlegt.

Kolleginnen und Kollegen, der Adressat bei diesem Kampf um die Arbeitsplätze ist eindeutig die Deutsche Bahn AG. Die Nürnberger haben im Stadtrat eine gemeinsame Resolution verfasst, in der sie übereinstimmend ihre Forderungen an die Deutsche Bahn AG richten. Darüber, wie es in München vorangeht, wird Kollege Ludwig Wörner berichten, auch im Namen von Anne Hirschmann, die sich um Neuaubing ebenfalls sehr bemüht hat. Die Stoßrichtung, meine Damen und Herren, muss die Deutsche Bahn AG sein. Zwar gehört die DB AG zu 100 % dem Bund; Grundlage für die Privatisierung aber war ein Beschluss, der von allen getragen wurde. Dieser Beschluss setzt den Vorstand der DB AG in die Lage, die Geschäftspolitik zu betreiben.

Um zu zeigen, dass von den Schließungen nicht nur CSU- oder CDU-Länder betroffen sind, möchte ich darauf hinweisen, dass zum großen Erstaunen der Nordrhein-Westfalen auch das Werk Leverkusen-Opladen

geschlossen werden soll. Dabei handelt es sich um den Stimmkreis des Herrn Bodewig.

Das vorgelegte Berger-Gutachten ist deutlich widerlegt. Ich schaue dabei meinen Kollegen Dieter Appelt an. Beim Stichwort „Berger-Gutachten“ haben wir auch so unsere Erfahrungen. Ich muss hier im Bayerischen Landtag einmal öffentlich sagen: Roland Berger und seine Consulting-Gesellschaft brauchen sich in unserer Region eigentlich nicht mehr sehen zu lassen.

Dabei hat mir Herr Berger einmal gesagt, er habe für Nürnberg durchaus einiges übrig, weil er dort immerhin sein Abitur gemacht habe.

Das Berger-Gutachten ist insofern widerlegt, als eine andere Beratungsgesellschaft, SCI, festgestellt hat, dass die vorgelegten Planungen im Grunde nicht wirklich durchgerechnet und mit den Alternativen verglichen worden sind. In dem SCI-Gutachten steht sogar: Theoretisch besteht daher die Möglichkeit, dass aufgrund der fehlenden Daten die produktivsten Werke geschlossen und die unwirtschaftlichsten erhalten werden.

Die Überlegungen, warum die Bahn so einen Unsinn macht, gehen dahin – auch öffentlich geäußert –, dass sich die Werksleiter in dem Gremium, welches die Vorschläge erarbeitet hat, für die Erhaltung ihrer eigenen Werke eingesetzt und die anderen – dazu gehört eben München-Neuaubing, insbesondere auch Nürnberg, was für alle überraschend war; Neuaubing war nicht so überraschend – für die Schließung vorgesehen haben. Die Werksleiter, die dort tätig waren, hatten ihren Sitz ja in ganz anderen Werken und haben deren Interessen verfolgt.

Kolleginnen und Kollegen, ich muss Ihnen zustimmen: Das Vorgehen der Bayerischen Staatsregierung und der Städte Nürnberg und München, durch das man andere vor den Kopf geschlagen hat, ist wirklich nicht geeignet. Geschäftspartner der Deutschen Bahn AG sind der Freistaat Bayern und die Bayerische Eisenbahngesellschaft. Der Freistaat ist deswegen sehr wohl ein wichtiger Partner für die Umsetzung der Forderungen, die wir in Richtung auf Erhaltung der Werke haben.

Alle Bundestagsabgeordneten der SPD haben sich gemeinsam sowohl an Herrn Mehdorn als auch an Herrn Verkehrsminister Bodewig gewandt und die Unmöglichkeit dieser Entscheidung herausgestellt. Sie werden auf diesem Sektor sicher weiter kämpfen. Ich sage noch einmal: Der Adressat ist die Deutsche Bahn AG, das heißt, ihr Vorsitzender Mehdorn und die anderen Herren des Vorstands.

Ich komme jetzt zu den Aktivitäten in Bayern und dazu, weswegen wir der Meinung waren, dass wir hier die Gesamtstoßrichtung anders angehen sollten. Die Schienenverkehrstechnik insgesamt ist ein wichtiger Bereich der Wirtschaftspolitik, und das muss auch so gesehen und anerkannt werden. Dazu gehört eben mehr als – unter dem aktuellen Aspekt – die Ausbesserungswerke. Man muss den gesamten Bereich sowohl in der Herstellung als auch in der Wartung und Instandhaltung in Angriff nehmen.

Dies hat man in Nordrhein-Westfalen zu unserem Leidwesen erfolgreich getan. Dort gibt es ein landesweites Konzept Bahntechnik. Dazu gehören die Herstellung und die Industrie, aber auch die Wartung und die Instandhaltung. Nordrhein-Westfalen hat in dieser Technologie, die durchaus auch eine Zukunftstechnologie ist, sowohl in der Forschung als auch in der Entwicklung als auch in der Strukturpolitik Erhebliches geleistet. Ein solches Konzept, Kolleginnen und Kollegen, fehlt für den Freistaat Bayern. Da nützt es nichts, wenn man laut protestiert und dieses Konzept einfordert. Es liegt bisher jedenfalls nicht vor.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Dr. Scholz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Dr. Bernhard?

Dr. Scholz (SPD): Ja.

Dr. Bernhard (CSU): Ist Ihnen bekannt, dass der Freistaat Bayern versucht, in Nürnberg ein Kompetenzzentrum Verkehr etc. zu etablieren, und dass sich die Deutsche Bahn, so weit ich informiert bin, dem verweigert hat?

Dr. Scholz (SPD): Das ist noch kein Konzept Schienenverkehrstechnik. Wir haben vor kurzem im Wirtschaftsausschuss den Schienennahverkehrsplan behandelt und dabei festgestellt – da schaue ich jetzt Kollegen Runge an –: Ein Konzept, wie es insgesamt für Schienenverkehr und Schienenverkehrstechnik vorliegen müsste, fehlt. Das geht auch zulasten beispielsweise von Aktivitäten der Firma Adtranz, die den ICE und die S-Bahnen fertiggestellt hat. Das ist sehr zulasten dieser Aktivitäten gegangen. Wir hatten und haben in Nürnberg sehr darunter zu leiden.

Kolleginnen und Kollegen, das ist es, was nach unserer Meinung fehlt. Man darf nicht nur Life Sciences und IT betreiben, sondern man muss auch an die wichtigen Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung denken, für die auch der Freistaat Bayern ein Konzept machen muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Industriepolitik des Freistaats auf dem Gebiet der Bahntechnik ist konzeptionslos und so, wie sie angelegt ist, langfristig zum Scheitern verurteilt. Da wird dies nicht der letzte Grund sein, so etwas zu beklagen, es sei denn, dass wir die Thematik fokussieren und sagen: Wir wollen, dass es in der Zukunft auf diesem Gebiet weitergeht.

Die Bahn hat in dem Berger-Gutachten eine Vorlage gemacht, in der die Standorte Delitzsch, Neuaubing und Nürnberg mit Begründung für das Zielszenario ausgeschlossen worden sind. Darin steht – man kann es fast nicht glauben –, bezogen auf Nürnberg: Fachpersonalmangel auch im Ingenieurbereich.

Wir haben – ich fordere sie häufig – keine Ingenieurausbildung für Verkehrstechnik und Schienenverkehrstech-

nik, weder an der Universität noch an der Fachhochschule. Allerdings ist dieser Fachpersonalmangel im Ingenieurbereich ein vorgeschobenes Argument der Bahn. Aber wir müssen, wenn wir Strukturpolitik im Auge haben, dies ein bisschen längerfristig sehen. Jedenfalls sind da deutliche Mängel festzustellen.

Die Behauptung, es gebe bezüglich des ICE 3 kein Know-how, ist eine ausgesprochene Frechheit von Berger und der Deutschen Bahn. Das Know-how ist für den ICE 1 vorhanden und durchaus auf den ICE 3 übertragbar. Bezüglich des ICE 3 hatte bisher keines dieser Werke ein entsprechendes Know-how, weil das Projekt noch viel zu neu ist. Mangelnde Flexibilität in der Aufnahme zusätzlicher Produkte werfen diese Werkleiter und das Unternehmen Roland Berger den Nürnbergern vor. Auch das ist eine Frechheit; denn die Betroffenen haben gezeigt, dass sie im Zusammenhang mit dem ICE-Dilemma voll eingestiegen sind.

Kolleginnen und Kollegen, ich komme kurz zu den Anträgen. Wir werden dem CSU-Antrag in der geänderten Fassung zustimmen, weil er die Bahn AG mit ins Visier nimmt. Wir werden unseren Antrag wie folgt ändern – das entspricht der Intention der Mitarbeiter –:

Der Landtag unterstützt alle Aktivitäten der Staatsregierung, der Betriebsräte und Belegschaften zur Erhaltung der Kompetenzen und Arbeitsplätze in den Ausbesserungswerken Nürnberg und München-Neuaubing.

In Punkt 1 entfällt der erste Satz. Der zweite Satz, der der letzte Satz ist – „Im Werk Neuaubing ist zumindest der Bereich Bahnelektronik zu erhalten.“ –, wird durch folgenden Satz ersetzt:

In München sollen das Instandsetzungswerk Neuaubing mit dem Werk in Pasing zusammengelegt und der Kompetenzbereich Bahnelektronik erhalten werden.

Für diese Formulierung bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort.

Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Damit kein Missverständnis aufkommen kann, sage ich vorab: Wir halten beide Anträge für berechtigt und werden beiden Anträgen zustimmen.

Aber Folgendes ist interessant. In der Legislaturperiode von 1990 bis 1994 stimmte die CSU gemeinsam mit der FDP oder von der FDP angetrieben und gemeinsam mit der SPD für die Bahnreform.

Sie legen sich auf die Privatisierung fest. Erstmals kommt nur die Organisationsprivatisierung der Bahn mit dem Ziel, irgendwann den Börsengang zu vollziehen, was die Eigenwirtschaftlichkeit nötig macht. Bei jedem

Kostensenkungsvorhaben ist dann das Gejammere sehr, sehr groß. Es war völlig klar, dass es so kommen wird.

(Dr. Bernhard (CSU): Es ist doch Unsinn, was passiert!)

– Herr Dr. Bernhard, es gab schon vorher Kostendruck. Dass jetzt aber Eigenwirtschaftlichkeit angestrebt wird und man deshalb noch viel stärker auf die Kostenbremse treten muss, liegt in dieser Entscheidung begründet.

Jetzt will die DB AG acht ihrer zwanzig Werke der schweren Instandhaltung schließen, bzw. bei einem Werk verhandelt man gerade, ob es verkaufbar ist. Auch bei den Ausbesserungswerken soll abgespeckt werden. Die Begründung klingt zunächst ganz plausibel. Es heißt, die Werke seien nicht ausgelastet, die Betriebsabläufe würden weiter optimiert werden. Schließlich liest man in den Pressemitteilungen der DB AG, dass man generell in Zukunft mit einer kleineren Fahrzeugflotte auskommen könne. Andererseits ist der Bund noch alleiniger Träger der DB AG, und er steckt Milliarden über Milliarden Mark in die Bahn. Der Freistaat Bayern ist Großbesteller. Das heißt, Bund und Länder haben Machtposition, sie können und sollen durchaus Druck auf die Bahn ausüben.

Es ist zu fragen, ob das heute diskutierte Sanierungskonzept der Bahn Sinn macht und wie es um die Ausgleichsmaßnahmen bestellt ist. Es geht um viele Arbeits- und Ausbildungsplätze. Ich greife nicht nur die in Bayern betroffenen Standorte heraus; denn es sollen acht Standorte geschlossen werden. Davon sind 5900 Mitarbeiter und jede Menge Lehrlinge betroffen. Dass man für alle Mitarbeiter einen gleichwertigen Arbeitsplatz im Unternehmen finden wird, halte ich für fraglich, auch wenn das den meisten tarifvertraglich zugesichert ist. Trotzdem ist es anzuzweifeln.

Der Zustand des Materials lässt es als fragwürdig erscheinen, ob die nahezu Halbierung des Bestandes an Werken der schweren Instandsetzung wirklich die richtige Maßnahme ist. Die Münchner haben das Chaos mit der S-Bahn mit den 420er Triebwerken noch gut in Erinnerung. Ob die ET 423 so sehr viel wartungs- und instandsetzungsfreier sein werden, ist in Zweifel zu ziehen. Andere Regionen haben entsprechende Erfahrungen mit ihren Wagen. Gleichzeitig verkünden die Politiker – wir alle und die DB – unisono, mehr Verkehr auf die Bahn bringen zu wollen. Beim Güterverkehr soll es in den nächsten Jahren immense Steigerungen geben. Vor diesem Hintergrund halten wir die geplanten Stilllegungen für nicht überzeugend.

Auf keinen Fall kann angehen, meine Damen und Herren, dass nun versucht wird, den einen Standort gegen den anderen und ein Land gegen das andere auszuspielen. Die gestrige Behauptung von Minister Dr. Wiesheu – Herr Dr. Bernhard, Sie haben sie heute ansatzweise wiederholt –, Kassel würde erhalten bleiben, weil dort Finanzminister Eichel seinen Stimmkreis hätte, halten wir für – gelinde gesagt – absurd. Schließt man sich dieser Logik an, muss man fragen, weshalb Staatsminister Dr. Wiesheu seinen guten Draht zu Herrn Mehdorn nicht

geltend gemacht hat. Er saß vor wenigen Minuten noch mit Herrn Mehdorn zusammen. Er hätte sich also einsetzen können.

(Dr. Bernhard (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Sie können anschließend ans Rednerpult gehen.

Da die Dringlichkeitsanträge betreffend die Bahn schon den ganzen Vormittag vorliegen, wäre es angebracht gewesen, dass nicht nur Staatssekretär Spitzner, sondern auch Staatsminister Dr. Wiesheu anwesend ist. Anscheinend sind gemeinsame Pressekonferenzen mit dem Bahnchef wichtiger. Die Interpretation bleibt uns überlassen.

(Dr. Bernhard (CSU) meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage)

– Herr Dr. Bernhard, Sie können nachher noch diskutieren.

Warum hat der Verkehrsminister seinen guten Draht nicht geltend und sich für Bayern stark gemacht?

(Dr. Bernhard (CSU): Das hat er doch!)

Gilt hier: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“? Wie würden Sie das bezeichnen?

(Dr. Bernhard (CSU): Das gilt anderswo, habe ich den Eindruck!)

Die Anträge beinhalten im Wesentlichen nicht mehr als Appelle. Wir schließen uns den Anträgen an. Auch wir halten das, was aus dem Hause Berger gekommen ist, für nicht überzeugend. Kollege Dr. Scholz hat dazu etwas gesagt. Wir haben eine ähnliche Einschätzung. Das hindert das Hohe Haus aber nicht daran, die Firma immer wieder arbeiten zu lassen. Sie wird immer wieder zu Anhörungen eingeladen. Dort werden die Argumente in x-fach recycelter Form aus der Schublade gezogen.

Fazit: Die Anträge sind sinnvoll, wir schließen uns an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe die Ergebnisse der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend Deutscher Orden auf Drucksache 14/7179: Ja-Stimmen: 63, Nein-Stimmen: 98, Stimmenthaltungen: keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt. Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend Deutscher Orden: Finanzielle Risiken offen legen und verringern, Drucksache 14/7180: Ja-Stimmen: 158, Nein-Stimmen: keine, Stimmenthaltungen: 2. Der Dringlichkeitsantrag ist in der geänderten Fassung angenommen. Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend Weiterführung von Einrichtungen des Deutschen Ordens auf der Drucksache 14/7272: Ja-Stimmen: 98, Nein-Stimmen: 7, Ent-

haltungen: 55. Dieser Dringlichkeitsantrag ist auch angenommen.

(Abstimmungslisten siehe Anlagen 1, 2 und 3)

Wir fahren fort in der Aussprache. Als nächster Redner hat Herr Kollege Dr. Söder das Wort.

Dr. Söder (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schließung der Werke der Bahn in Bayern ist ein besonderer Fall von Benachteiligung Bayerns durch Berlin.

(Zurufe von der CSU: So ist es! – Widerspruch bei der SPD)

Etwa zu dem Zeitpunkt, als die Bundesabgeordneten der SPD verkünden, was Berlin alles für Bayern tue, fällt eine Entscheidung, die unser Land in radikaler Form und so massiv benachteiligt, dass Sie sich schämen müssten, eine solche Pressekonferenz abgehalten zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Georg Stahl (CSU) – Lachen und Zurufe von der SPD: Das trifft auf keine Resonanz!)

– Kollege Stahl hat meine Aussage als richtig erkannt.

Der Kahlschlag durch diese Schließungen betrifft ganze Regionen. Das ist nicht zum Lachen, verehrte Damen und Herren von der SPD; denn die Situation zeigt Ihr Dilemma auf. Sie stellen Anträge, versuchen etwas zu beschließen und halten Fraktionssitzungen ab. Die Ergebnisse, die Sie bringen, sind für Bayern mangelhaft, mäßig und ungenügend. Ihr Gelächter kann darüber nicht hinwegtäuschen.

(Wörner (SPD): Jawohl, Herr Oberlehrer!)

– Sie könnten viel lernen, Herr Wörner. Hören Sie zu, Sie könnten manches lernen und wüssten dann in Zukunft besser Bescheid.

(Wörner (SPD): Vor allem von Ihnen!)

Was die Bahn gemacht hat, ist weder in der Sache gerechtfertigt noch vom Stil her akzeptabel. Das Gutachten – Kollege Dr. Scholz hat es angedeutet – ist, was Nürnberg betrifft, aus unserer Sicht nicht korrekt. Nürnberg macht die ICE- und S-Bahn-Wartung für ganz Süddeutschland. Nach dem Zugunglück von Eschede hat man dort alle Räder der deutschen ICEs gewartet und repariert. Die Südländer – Baden Württemberg, Bayern und Hessen –, die massiv benachteiligt und von der Karte gestrichen werden – Deutschland findet erst nördlich von Kassel statt –, sind die größten Auftraggeber der Deutschen Bahn. Nimmt man das zusammen und überlegt, dass künftig die Anfahrtswege lang sein werden, um zur Reparatur zu kommen, stellt sich heraus, dass die Kostenrechnung nicht aufgehen kann. Die Schließungen sind sachlich in keiner Weise gerechtfertigt. Das Ganze ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch der Stil des Ablaufs ist schlecht. Das ist nicht zu akzeptieren. Es

gibt öfter schwierige Situationen, wenn Unternehmen Arbeitsplatzabbau ankündigen.

Ich kenne aber keinen Fall, wo dies in einer derart selbstherrlichen Art und Weise, ohne eine Vorweginformation aller Beteiligten, geschehen ist. Das ist einmalig. Herr Kollege Dr. Scholz, dies geht sogar soweit, dass die Bahn in Nürnberg mit Drohungen gegenüber der Belegschaft und den Betriebsräten reagiert, weil diese sich für den Standort einsetzen. Für mich ist das Wirtschaftspolitik nach Gutsherrenart.

Jetzt stehen wir vor der Frage, was wir machen können. Der entscheidende Punkt ist, dass der Bund der maßgebliche Spieler in dieser Situation ist.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht wird mit dieser Entscheidung eine Kette von Benachteiligungen, insbesondere des süddeutschen Raums, fortgesetzt. Betroffen sind nur die Unions-Länder. Dies ist nicht wegzudiskutieren. Kassel wird bevorzugt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wenn das keine Absicht ist, ist es zumindest Unfähigkeit. Wer ist denn der Hauptaktionär? Wer ist der Chef? Wer sitzt in den entscheidenden Gremien und kann dort mitbestimmen? Das ist der Bund und letztlich der Bundesverkehrsminister, der Ihrer Partei angehört.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich setzen wir heute auch ein Signal. Dies muss ein Signal für die Mitarbeiter, die Belegschaft und die Regionen sein. Für die Stadt und die Region Nürnberg gab es keine gute Nachricht. Diese Entscheidung war dort nicht leicht zu verdauen, vor allem in dieser schwierigen Zeit des Strukturwandels. Der bayerische Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu hat sofort und sehr scharf reagiert. Er hat nicht nur in den Gesprächen versucht, etliches zu erreichen, sondern auch mit ganz massiven wirtschaftlichen Konsequenzen gedroht. Das habe ich bisher von der SPD-Bundestagsfraktion oder von Herrn Bodewig noch nicht gehört. Hier müssten Sie noch Hausaufgaben machen.

Jetzt müssen Sie entscheiden, ob Sie kämpfen wollen. Wir werden heute diese beiden Anträge verabschieden. Das muss aber nicht bedeuten, dass sich auch etwas bewegen wird. Diese Anträge sind lediglich Signale. Ihre Aufgabe wäre es jetzt, endlich einmal Zähne zu zeigen und zu kämpfen. Vielleicht schaffen Sie doch noch etwas, obwohl Ihnen das leider in der Vergangenheit häufig nicht gelungen ist. Sie sollten sich endlich einmal in Berlin behaupten und bayerische bzw. fränkische Interessen durchsetzen. Wir stimmen den beiden Anträgen zu. Den Oppositionsfraktionen wünschen wir etwas mehr Mut und Kraft, damit sie nicht nur im Bayerischen Landtag, sondern auch in Berlin – wo es wehtut – ihre Forderungen erheben.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Der nächste Redner ist Herr Kollege Wörner.

Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Bernhard, offenbar ist es Ihre Art, immer nur die halbe Wahrheit zu sagen.

(Dr. Bernhard (CSU): Belege!)

Sie haben nämlich vergessen, dass der Münchner Stadtrat beschlossen hat, dass Herr Oberbürgermeister Ude gebeten wird, bei Herrn Bodewig für den Erhalt zu kämpfen. Das hat er getan. Dafür haben ihm die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedankt. Außerdem hat sich Frau Hirschmann, wie alle Münchner Abgeordneten, für den Erhalt der notwendigen Einrichtungen ausgesprochen. Der Stadtrat von München hat den Beschluss, mit dem der Oberbürgermeister zu Verhandlungen aufgefordert wurde, befolgt. Auch wenn Sie noch so schreien: Das war so. Sie weinen jetzt Krokodilstränen um die Arbeitsplätze in Bayern. Ich habe Ihnen gestern schon einmal gesagt: Wer privatisiert, gibt seinen politischen Einfluss aus der Hand.

(Dr. Bernhard (CSU): Warum haben Sie dann zugestimmt? So ein Unsinn!)

Das Aktienrecht gibt das, was Sie ständig von Herrn Bodewig fordern, gar nicht her. Wenn in einem Gutachten festgestellt wird, dass eine Entscheidung dem Unternehmen schaden würde, darf der Minister diese Entscheidung nicht treffen. Das müssten Sie eigentlich wissen. Offensichtlich wollen Sie es nicht hören.

(Dr. Bernhard (CSU): Damit ist noch lange nicht entschieden, wo stillgelegt wird!)

Im Übrigen stimmt Ihre Aussage bezüglich des Ausbesserungswerkes Pasing nicht. Ich will die Bahn zwar nicht loben oder in Schutz nehmen, aber 80% der Beschäftigten des Ausbesserungswerkes Neuaubing sind bereits wieder bei der Bahn untergebracht. Dank unserer Verhandlungen gibt es auch eine Übernahmegarantie für die Auszubildenden. Sie sollten also die Kirche im Dorf lassen und nicht jedes Argument im parteipolitischen Sumpf untergehen lassen.

Die Drohungen, die Herr Minister Dr. Wiesheu ausgesprochen hat, sind völlig unsinnig. Er hat nämlich behauptet, wenn die Bahn nicht mitspielt, werde er an die Bahn keine Mittel mehr vergeben. Was würde das im Endeffekt bedeuten? Dadurch würden bei der Bahn noch mehr Arbeitsplätze vernichtet. Gelegentlich wäre es wünschenswert, wenn die Argumente etwas logischer und präziser wären. Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat es versäumt, für die Bahntechnik der Zukunft die Voraussetzungen zu schaffen, damit wir in Bayern ein zukunftsfähiges Standbein für die Industrie entwickeln. Wer hat denn die BOB nach Jenbach in Österreich vergeben? Wer hat gerade die Grundig-Produktion nach Wien abwandern lassen? Sind das etwa die Wahlkampfhilfen für Herrn Haider?

(Hofmann (CSU). Sie sind ein Schmarrnbeutel!)

– Herr Kollege Hofmann, Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat bayerische Interessen verletzt, indem er den Auftrag für die Bayerische Oberlandbahn nach Jenbach

in Österreich vergeben hat. Das können Sie nicht bestreiten. Die Firma Grundig ist ohne Widerstand von Herrn Dr. Wiesheu nach Wien abgewandert. Das ist auch unbestritten. Wir sollten sowohl in Nürnberg als auch in München versuchen, nicht nur die hochwertigen Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch die Arbeitsplätze der Angelernten und Hilfsarbeiter. Viele Menschen verfügen nicht über eine hohe Qualifikation. Auch für diese Leute müssen Arbeitsplätze vorhanden sein. Wir werden dem geänderten Antrag natürlich zustimmen, weil wir wollen, dass die Werke in Neuaußing und Nürnberg weitergeführt werden. Glücklicherweise gibt es in München dank der Politik dieser Stadt sehr wenige Arbeitslose. Wir müssen aber auch in die Zukunft sehen und deshalb versuchen, diese Arbeitsplätze zu erhalten.

(Dr. Bernhard (CSU): Soll ich Ihnen einen halbstündigen Vortrag halten, woher diese Arbeitsplätze kommen?)

– Herr Kollege Dr. Bernhard, wollen Sie etwa bestreiten, dass München die niedrigste Arbeitslosigkeit hat? Die Stadt München will ihren Beitrag leisten. Wir fordern deshalb Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu auf, für Bayern Kompetenzzentren für die Zukunftstechnik Bahn aufzubauen und diese zu stärken. Damit können wir die Exportwirtschaft in Bayern weiterhin erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Jetzt hat noch Herr Staatssekretär Spitzner ums Wort gebeten.

Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen kurz vor der Sommerpause. Der obligatorische Sommerkrach ist bereits vorbei. Ich möchte deshalb bewusst sachlich zu diesem Thema sprechen, obwohl es mich reizen würde, in diese Schachtel kräftig hineinzulangen. Das wäre wie Weihnachten mitten im Jahr.

Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat sich für heute Vormittag sehr wohl Zeit genommen. Er hat seit langem eine gemeinsame Pressekonferenz mit Herrn Mehdorn vereinbart. Herr Mehdorn hat gesagt, diese Pressekonferenz müsse zu diesem Zeitpunkt stattfinden. Selbstverständlich muss Herr Staatsminister Dr. Wiesheu dabei sein, wenn über das Thema „Transrapid“ diskutiert wird. Er hat sich aber von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr Zeit für den Landtag genommen. Durch die Umstände in diesem Hohen Hause – die Herr Staatsminister Dr. Wiesheu nicht zu verantworten hat – hat sich aber die Behandlung dieser Dringlichkeitsanträge verzögert. Herr Premierminister Landry hat außerdem heute zu einem Mittagessen eingeladen und größten Wert darauf gelegt, dass Herr Dr. Wiesheu dabei ist, weil er mit ihm eine Reihe von Dingen besprechen wollte.

Meine Damen und Herren, ich bin nun seit acht Jahren mit Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu im Wirtschaftsministerium. Ich habe selten erlebt, dass sich Otto Wiesheu für ein Thema so engagiert hat wie bei dem, das wir gerade beraten.

(Beifall bei der CSU)

Er hat auch den Mut aufgebracht, ein sehr offenes Wort zu sprechen. Ich habe von Teilnehmern jener Besprechung am Flughafen erfahren, dass es dort nicht nur sehr lautstark zugegangen ist, sondern dass dort manche Liebenswürdigkeiten aus der untersten Schublade des Bayerischen Fuhrmannslexikons ausgetauscht wurden. Herr Mehdorn ist bei dieser Besprechung wahrlich nicht gestreichelt worden. Natürlich müssen wir auch mit Herrn Mehdorn zusammenarbeiten. Herr Dr. Wiesheu ist aber gerade von der Belegschaft und vom Betriebsrat dazu aufgefordert worden, auf keinen Fall hinzunehmen, dass der Bund Bayern abstrafte.

Meine Damen und Herren, ich persönlich brauche kein Berger-Gutachten, um eine betriebswirtschaftliche Überlegung anzustellen. Sehen Sie sich einmal die deutsche Landkarte an.

Südlich von Kassel findet sich kein C-Instandsetzungswerk mehr. Betrachtet man den Zuglauf von Freiburg, von Passau, von Oberstdorf, wird jeder sagen, dass dies völlig unsinnig ist. Genau das haben wir auch artikuliert. Wir haben gesagt: Unter diesen Umständen werden wir überlegen, ob wir dem Monopolisten alle Aufträge erteilen werden. Die Gewerkschaft fordert uns völlig zu Recht zu diesem Nachdenken auf. Das ist völlig klar. Wir überlegen uns das auch.

Meine Damen und Herren, hier ist von einem Signal an die Bayerische Staatsregierung gesprochen worden. Die Bayerische Staatsregierung und Minister Wiesheu entziehen sich nicht der Verantwortung. Eines muss ich dazu sagen: Kollege Wörner, Du warst vor drei, vier Jahren noch nicht im Landtag. Ich erinnere mich noch sehr genau: Im Mai oder Juni 1998 haben wir im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss eine sehr leidenschaftliche Debatte geführt – Kollege Kaiser ist jetzt leider nicht da –, in der es um die Frage der Verantwortung der Bahn gegangen ist. Ich habe mir damals erlaubt zu sagen: Die Bahn ist jetzt privatisiert, und Herr Bundesverkehrsminister Oswald hat nur beschränkte Möglichkeiten der Intervention. Auf Ihrer Seite gab es daraufhin folgende wütenden Proteste: Herr Staatssekretär, was Sie erzählen, ist – das Vornehmste, was Sie gesagt haben, war das Wort: – Schmarrn. Sie haben mich heftigst angegriffen, weil ich mir erlaubt habe anzumerken, dass der Bundesverkehrsminister bei einer privatisierten Bahn kaum mehr Eingriffsmöglichkeiten hat. Ich glaube, man sollte schon so fair sein und sich auch an das erinnern, was man gestern und vorgestern gesagt hat. Meine Damen und Herren, das kann jetzt nicht völlig anders sein.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich ist die Bahn privatisiert. Meine Damen und Herren, der Hauptadressat ist aber nach wie vor der Bund, da hat Kollege Söder völlig Recht. Frau Kollegin, warten Sie einmal ab; ich lese Ihnen etwas Wunderschönes vor. Ich bin sehr, sehr dankbar für das, was ein Nürnberger Abgeordneter so deutlich zu Papier gebracht hat. Ich lese Ihnen aus den Briefen des Abgeordneten des Deutschen Bundestages Horst Schmidbauer an Herrn Bodewig und an den Herrn Bundeskanzler vor. Er sieht die

Lage völlig richtig. Er schreibt klar – ich zitiere –: „Ich halte es für inakzeptabel, dass bei so genannten betriebswirtschaftlichen Optimierungsentscheidungen des Unternehmens DB AG, das sich ja nach wie vor aus guten Gründen im Besitz des Bundes befindet, eine gesamtgesellschaftspolitische Verantwortung angeblich keine Rolle mehr spielen soll.“ Diese gesamtgesellschaftspolitische Verantwortung hat der Bund, meine Damen und Herren. Wir werden in diesem Hohen Hause doch so viel Gemeinsamkeit aufbringen, um diese Verantwortung zu artikulieren, ganz gleich, wer an der Regierung ist.

(Beifall bei der CSU)

Eine ganze Reihe von Kollegen der SPD werden sich erinnern, dass vor 15, 16 Jahren unter Verkehrsminister Jaumann in diesem Hause gemeinsame und sehr deutliche Worte an den Bund gefunden worden sind. Damals waren wir im Bund in der Verantwortung. Auch damals hat es diese Gemeinsamkeit im Interesse des Landes gegeben. Genau diese Gemeinsamkeit fordere ich von Ihnen ein.

Ich zitiere weiter aus diesen Briefen:

Bei den Schließungsabsichten der C-Werke kommt Dir, lieber Kurt Bodewig, als Vertreter des Eigentümers im Aufsichtsrat eine ganz besondere Aufgabe zu, und deshalb kann ich nur hoffen, dass mit einem klaren Votum von Dir und Gerhard Schröder verhindert werden kann, dass jetzt nach dem Wegfall von Adtranz, ABB, Alstom und vielen kleinen Produktionsbetrieben am Standort Nürnberg auch der Bahn weitere paar Hundert Arbeitsplätze verloren gehen.

Ich zitiere weiter:

In der öffentlichen Diskussion bei uns in Nürnberg ist deutlich geworden, dass hier eine ganze Region wegbricht, und es besteht die berechtigte Erwartung, dass die Politik, die im Feuer steht, hier insbesondere die Politik der Bundesregierung, ihrer Verpflichtung auch gerecht wird.

Meine Damen und Herren, dem stimme ich voll und ganz zu.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb möchte ich nicht, dass hier eine Kulissenschieberei stattfindet, indem man sagt: nur Bayern sei gefordert. Sie können davon ausgehen, wir und vor allem Minister Wiesheu werden das Unsere tun. Minister Wiesheu ist – ich weiß das und sage es – auch heute Herrn Mehdorn wieder erneut angegangen. Er hat ihm auch gesagt: ihr könnt euch aus Nürnberg nicht so herausstellen; es muss Ersatz geschaffen werden. Wir werden hier nicht nachlassen, meine Damen und Herren. Wir müssen immer und immer wieder betonen, dass es nicht sein kann, dass man sich einfach aus der Verantwortung stiehlt, weil jetzt der Bund rot-grün regiert wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich am Schluss noch etwas zum Stil sagen. Herr Maget hat gesagt, als

es um Positives vonseiten der Bahn ging: Dies alles ist ja von Berlin mit mir abgesprochen worden. Ich muss also deshalb davon ausgehen, dass auch die Schließungen in Neuaubing und Nürnberg mit Herrn Maget offensichtlich abgesprochen sind.

(Beifall bei der CSU)

So ist es doch. – Herr Kollege Schläger, Sie bekommen jetzt einen roten Kopf; passen Sie auf, dass Sie in dieser Situation keinen Herzkasperl kriegen. Meine Damen und Herren, das ist nun einmal so, dem kann man sich nicht entziehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einmal sagen, was nicht in Ordnung ist. Was hat die Opposition in diesem Hohen Hause doch in der Vergangenheit geschimpft, wenn bei der früheren Bundesregierung möglicherweise über die Parteischiene hier und da etwas herausgekommen ist. Jetzt wird die Landesregierung überhaupt nicht mehr von der Bundesregierung informiert. Stellen Sie sich einmal Folgendes vor; da geht es um ein unmögliches Verhalten. Bei uns im Hause findet mit dem Beauftragten der Bahn Graf von Schulenburg die Jahrespressekonferenz statt. Minister Wiesheu, mein Haus, der zuständige Abteilungsleiter wissen vom Verkehrsministerium oder von der Bahn überhaupt nichts darüber, dass jetzt Maßnahmen zur Erneuerung, Ausbesserung und Renovierung von Strecken getätigt werden, welche Strecken in welcher Dotation dafür vorgesehen sind. Niemand von uns weiß etwas. Plötzlich wird während der Pressekonferenz eine dpa-Agenturmeldung hereingereicht, Herr Maget habe verkündet, er wisse auf der Parteibarackenschiene, dass diese oder jene Maßnahme vom Bund gefördert würde. Meine Damen und Herren, so etwas hat es in früheren Zeiten nie gegeben.

(Gartzke (SPD): Das ist aber nicht schlecht!)

– Herr Kollege, dann sage ich Ihnen ganz klar: Sie brauchen sich dann auch nicht zu beschweren, wenn ein Staatssekretär draußen im Lande nur noch CSU-Abgeordnete und nicht mehr die Sozis einlädt und Parteipolitik macht.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das machen Sie doch sowieso!)

– Gerade ich lege nun Wert darauf, dass die SPD mit vertreten ist. Das ist schlechter politischer Stil; das ist undemokratisch, meine Damen und Herren; ich sage das klar und deutlich.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich nur hoffen, dass man bei diesem heißen Thema an einem Strick gemeinsam und in die gleiche Richtung zieht und dass Sie auch den Mut haben, den Bund in die Pflicht zu nehmen. Aus dieser gesamtpolitischen Verantwortung entlassen wir Sie nicht. Gehen Sie einmal hinaus in die Betriebe und sprechen Sie mit den Leuten. Meine Damen und Herren, Sie werden sich zu dem, was Sie hier tun, noch einiges anhören müssen. Ich glaube, der Bund ist hier in der Verantwortung.

tung, und das sollen wir hier auch in aller Deutlichkeit artikulieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/7181 – das ist der Antrag der Fraktion der CSU – in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist der Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/7182 – das ist der Antrag der Fraktion der SPD – in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christine Stahl, Scharfenberg, Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Reduzierung der BahnCard auf 25 % (Drucksache 14/7183)

Da wir die Dringlichkeitsanträge bis 14 Uhr behandelt haben wollen, bitte ich darum, sich möglichst kurz zu fassen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Scharfenberg. Bitte, Frau Scharfenberg.

Frau Scharfenberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Anfang Juli beschloss der Vorstand der Deutschen Bahn ein neues Tarifsystem. Danach gibt es Frühbucherrabatte und sonstige Sonderangebote, die sich aber nur auf den Fernverkehr beziehen. Der Nahverkehr erfährt dadurch eine indirekte Preiserhöhung, da Distanzen bis zu 150 Kilometer zum Nahverkehr zählen. Für einen Pendler zwischen Regensburg und München bedeutet das: Wenn er keine Wochenkarte hat und mit der BahnCard fährt, weil er vielleicht nur zwei Mal in der Woche nach München pendeln muss, muss er 57 DM ab Herbst 2002 bezahlen anstatt wie bisher 38 DM.

Das halten wir nicht für gerechtfertigt; denn wir wollen schließlich die Leute in die Bahn bekommen und nicht die Alternative Auto noch mehr in die Diskussion bringen. Die angestrebte Rabattreduzierung ist ein Eingriff in die Nahverkehrstarife. Nachdem die Deutsche Bahn nur im Fernverkehr über das Preissystem selbständig entscheiden kann, können die Länder diese versteckte Preiserhöhung stoppen. Die BahnCard ist nicht nur im Fernverkehr gültig, sondern auch im Nahverkehr. Im

Nahverkehr haben die Länder aber ein Mitspracherecht. Die Tarife müssen von ihnen genehmigt werden. So steht es zumindest in § 12 Abs. 3 des Eisenbahngesetzes. Übrigens hat Mecklenburg-Vorpommern bereits angekündigt, dieses Mitspracherecht wahrzunehmen.

Wir fordern deshalb die Staatsregierung jetzt auf, die Zustimmung zu den Fahrpreisen von Korrekturen bei der BahnCard abhängig zu machen. Die BahnCard soll zum Beispiel im Nahverkehr weiterhin mit 50 % Ermäßigung gelten. Darauf bezieht sich unser Antrag. Wir sind bereit, zusammen mit der CSU den zweiten Satz unseres Antrags abzuändern. Er besagt nämlich, dass die 50 % Ermäßigung bei der BahnCard im Nahverkehr beizubehalten sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Böhm: Das Wort hat noch Herr Kollege Rotter.

Rotter (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am gesamten Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland hat die Schiene derzeit einen Anteil von 6 %. Angesichts eines für die nächsten Jahre prognostizierten Zuwachses im Personenverkehr in Höhe von 30 % müsste die Bahn ihre Kapazität verfünffachen, wenn wir diesen Zuwachs auf die Schiene bringen wollten. Das ist sicher nicht zu leisten. Wir wissen auch, dass viele Züge leer fahren, während andere überfüllt sind. Von daher sind die Überlegungen der Bahn, wie diese Züge besser und gleichmäßiger ausgelastet werden können, grundsätzlich richtig und zu begrüßen. Sinnvoll ist es sicher auch, Fahrten für Kleingruppen und Familien deutlich zu verbilligen, weil Mitfahrer im Auto schließlich gratis reisen und bei zwei, drei oder vier Personen die Fahrt im PKW preislich oft günstiger ist als eine Bahnfahrt.

Nicht hinnehmbar ist allerdings die Reduzierung der BahnCard-Ermäßigung von 50 % auf 25 % insbesondere im Nahverkehr. Diese Reduzierung betrifft Spontanreisende im Fernverkehr und solche, die sich aus beruflichen Gründen nicht im Voraus auf bestimmte Züge festlegen und deshalb die Frühbucherrabatte nicht in Anspruch nehmen können. Verschlechterungen werden für Nahverkehrsreisende eintreten, insbesondere für teilzeitbeschäftigte Pendler, welche nur an einem oder an zwei Tagen mit Nahverkehrszügen zur Arbeit fahren müssen. Betroffen sind insbesondere Frauen, aber auch Rentner, welche sich ein Zubrot verdienen wollen. Strecken ohne Fernverkehr gibt es in Bayern zunehmend mehr; auf die Oberpfalz ist schon hingewiesen worden, aber auch im niederbayerischen und im schwäbischen Raum gibt es Strecken ohne Fernverkehr. Reisende auf solchen Strecken müssten eine erhebliche Verteuerung ihrer Fahrkarten in Kauf nehmen. Bei Strecken, auf welchen Nahverkehr und Fernverkehr parallel laufen, hätten wir die paradoxe Situation, dass die Fahrt im komfortableren Fernverkehrszug billiger wäre als im parallel laufenden Nahverkehrszug. Ich glaube, auch dieses Ergebnis ist von der Bahn nicht gewollt.

Nun ist es zwar schwierig, unmittelbar auf die Preisgestaltung Einfluss zu nehmen, weil der Freistaat Bayern der Bahn die Fahrpreise nicht diktieren kann. Die Bahn hat als Unternehmen die Fahrpreise eigenwirtschaftlich zu kalkulieren. Im Nahverkehr sind wir aber der größte Besteller von Verkehrsleistungen, und dies werden wir auch in Zukunft sein. Deshalb sollte der Freistaat Bayern seinen Einfluss in den anstehenden Neuverhandlungen zum Verkehrsdurchführungsvertrag geltend machen, wie es Minister Wiesheu bereits angekündigt hat, als das neue Preissystem bekanntgegeben worden ist. Im Nahverkehr sollte die 50% Ermäßigung bei der Bahncard, wie sie bereits jetzt gilt, auch künftig gelten. Das müsste ohne weiteres möglich sein, ohne dass zu viel von der gewünschten Transparenz verloren geht. Deswegen trage ich unsere Umformulierung des zweiten Satzes vor; Frau Kollegin Scharfenberg hat es ja bereits erwähnt. Dieser Satz soll künftig lauten:

Die Beibehaltung der 50%-Ermäßigung der Bahncard im Nahverkehr ist gegebenenfalls bei den anstehenden Verhandlungen zum neuen Verkehrsdurchführungsvertrag im Freistaat Bayern zur Sprache zu bringen.

In dieser Fassung stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Um das Wort hat noch Herr Kollege Schläger gebeten.

Schläger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die neue Bahncard hat ohne weiteres Vorteile. Im Fernverkehr gilt ab einhundert Kilometern ein geringerer Grundpreis. Es gibt Frühbucherrabatte und kostenlose Fahrten für Kinder unter 14 Jahren mit Eltern und Großeltern. Wenn es einer richtig macht, kann er im Fernverkehr bis zu 80% einsparen. Den Wermutstropfen bilden hier aber die Regionalzüge. Wir sind auch der Meinung, dass der Rabatt von nur 25% bei den Regionalzügen nicht akzeptiert werden kann. In diesem Punkt muss nachgearbeitet werden. Bayern als Besteller des Nahverkehrs hat natürlich auch die Möglichkeit, in dieser Frage einzuhaken. Das sollten wir tun. Deswegen stimmen wir jetzt dem Antrag zu, nachdem der letzte Satz entsprechend geändert wurde. – Das war es auch schon.

(Beifall bei der SPD – Güller (SPD): Bravo! 55 Sekunden!)

Präsident Böhm: Sie hätten noch fünf Sekunden Redezeit gehabt. Ich hätte Ihnen aber auch zehn gegeben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Änderung ist vorgetragen worden. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/7183 in der geänderten Form seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU, die Fraktion der SPD und die Fraktion des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist der Antrag angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bis 14 Uhr hätten wir noch Zeit gehabt, aber es lohnt sich nicht mehr, einen weiteren Dringlichkeitsantrag aufzurufen. Bei einigen Fraktionen ist auch die Redezeit schon erschöpft. Wir verweisen den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dinglreiter, Sackmann und Fraktion (CSU) betreffend Verteilung der UMTS-Erlöse für Verkehrsprojekte nachbessern, Drucksache 14/7184, in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Technologie. Den Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Werner-Muggendorfer, Gartzke und anderer und Fraktion (SPD) „Trinkwasser darf nicht handelbares Wirtschaftsgut werden“, Drucksache 14/7185, überweisen wir an den Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Tagesordnung der letzten Plenarsitzung ist damit abgeschlossen. Wir haben jetzt auch schon die Halbzeit der Legislaturperiode nicht nur erreicht, sondern überschritten. Ich möchte aus diesem Anlass ein paar Bemerkungen zu unserer Arbeit in den vergangenen zweieinhalb Jahren machen.

Bisher wurden über einhundert Gesetzentwürfe eingebracht, von A wie Abgeordnetengesetz bis Z wie Zuständigkeitengesetz. Verabschiedet wurden unter anderem umfangreiche Regelungen im Beamtenrecht, Gesetze zur Verwaltungsreform, Änderungen im Bayerischen Hochschulgesetz, ein bayerisches Schlichtungsgesetz sowie die Einführung einer neuen Schulart, der sechststufigen Realschule. Außerdem wurden mehr als 1 600 Anträge sowie rund 450 Dringlichkeitsanträge behandelt. Parlamentarische Beratungsschwerpunkte waren unter anderem die Bildungspolitik und die Integrations- und Migrationspolitik. Es wurden Anträge zu verbesserten Lebensbedingungen im Alter gestellt. Die Auflösung von Bundeswehrstandorten in Bayern wurde diskutiert. Beraten wurden Themen wie BSE, Gesundheits- und Verbraucherschutz. Ferner wurde das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes verabschiedet, was nicht nur im Maximilianeum, sondern auch in der Öffentlichkeit große Beachtung fand. Schließlich wurden Anträge zur neuen Sozial- und Bürgerkultur verabschiedet. Nachdem besonders dieses Thema dem Landtag ein wichtiges Anliegen ist, hat er erstmals im letzten Jahr einen Bürgerkulturpreis verliehen. Ich meine, diese wenigen Zahlen und Angaben belegen, dass der Landtag substantielle Ergebnisse in seinem Hausgut, der Gesetzgebung, vorweisen kann.

In letzter Zeit war der Bayerische Landtag auch ein gesuchter Gesprächspartner für ausländische Delegationen sowohl aus osteuropäischen Staaten als auch aus anderen Teilen der Welt. Erst gestern war der Premierminister von Quebec bei uns. Immer wieder werden wir von ausländischen Gästen nach Grundsätzen und Einzelheiten unseres föderalistischen Systems gefragt. Auch das ist eines von vielen Argumenten dafür, dass es sich gerade auch im Hinblick auf die Position der Volksvertretungen lohnt, für einen funktionsfähigen Föderalismus in Deutschland und in Europa einzutreten.

Daran arbeitet auch die Enquete-Kommission „Reform des Föderalismus – Stärkung der Landesparlamente“, die vor einigen Tagen erste Ergebnisse ihrer Arbeit in einer Pressekonferenz vorgestellt hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine Halbzeitbilanz, wie ich sie hier in aller Kürze skizziere, setzt schon ihrem Namen nach voraus, dass für die zweite Hälfte der Legislaturperiode noch eine ganze Reihe von neuen bzw. unerledigten Aufgaben ansteht; ich nenne nur einige Stichworte. Wichtige Vorhaben in der Haushaltspolitik werden unter anderem der zweite Nachtragshaushalt 2002 mit der Umstellung des Staatshaushalts auf den Euro sowie der Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Bayerischen Landesbank sein.

Im Bereich der Hochschul- und Forschungspolitik stehen zum Beispiel die weitere Profilbildung der Universitäten, die Dienstrechtsreform der Hochschullehrer, die Bio- und die Gentechnologie sowie der Denkmalschutz zur Beratung an. In der Bildungspolitik werden die Ausgestaltung der kind- und familiengerechten Halbtagsschule, Ganztagschulen, die innere Schulreform und der bevorstehende Lehrermangel auf der Tagesordnung stehen. Auch in den Bereichen der Wirtschafts- und Technologiepolitik, der Sozial- und Familienpolitik, der Umweltpolitik, dem Verbraucherschutz und der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik werden wir uns mit einer Vielzahl aktueller Fragen zu befassen haben, die ich hier im Einzelnen nicht aufzählen will.

In der Vorschau auf die kommenden zweieinhalb Jahre und den daran anschließenden Wahlkampf, insbesondere auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Herbst nächsten Jahres, sollten wir uns nicht nur auf Themen und Inhalte konzentrieren, sondern auch auf den Stil der parlamentarischen Auseinandersetzung. Wir haben uns gleich zu Beginn der laufenden Wahlperiode durch eine umfassende Reform der Geschäftsordnung um mehr Effizienz und um mehr Leistungsfähigkeit bemüht.

Ich denke, es ist uns gelungen, die Formen der parlamentarischen Arbeit nach außen noch transparenter zu gestalten. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Weg in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode gemeinsam fortsetzen werden. Damit helfen wir, das Verständnis für unsere Tätigkeit zu fördern und Vorbehalte abzubauen. Dass dies eine immer währende Aufgabe ist und keine leichte, haben Veröffentlichungen in den Medien, auch in jüngster Zeit, gezeigt. Dieser Aufgabe können und wollen wir uns ebenso selbstkritisch wie selbstbewusst stellen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen allen für Ihr verantwortungsvolles Engagement hier im Haus und außerhalb, in Ihren Stimm- und Wahlkreisen. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen, die heute nicht da sein können, insbesondere denjenigen, die wegen Krankheit fehlen. Ihnen wünsche ich baldige und völlige Genesung.

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und allen Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung. Ich danke der Frau Vizepräsidentin und dem Herrn Vizepräsidenten

des Landtags, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates, den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ausschüsse, Untersuchungsausschüsse und Kommissionen sowie deren Stellvertretern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt den Damen und Herren von der Presse, von Hörfunk und Fernsehen für ihre Berichterstattungen.

Ich danke dem Direktor des Landtages und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamtes, der Fraktionsgeschäftsstellen sowie den Beamten der Polizei für die Erfüllung ihrer Amtspflichten und für die geleistete Arbeit.

Nun gebe ich das Wort an Frau Kollegin Werner-Muggendorfer weiter.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Als Erstes möchte ich auch Danke sagen, nicht weil es so üblich ist und weil es der Brauch ist, sondern weil es uns ein echtes Anliegen ist, uns bei denen zu bedanken, die dieses Hohe Haus am Laufen halten: angefangen bei der Pforte bis zum Archiv, bei den Medienvertretern und allen, die der Herr Präsident schon aufgezählt hat. Wir würden es spüren, wenn sie nicht mehr da wären. Deshalb sage ich unseren herzlichen Dank all denen, die daran mitwirken, dass wir arbeiten können.

(Beifall)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich – ich denke auch in Ihrem Namen – bei unseren Fraktionsmitarbeitern. Ältere Kollegen erzählen uns immer, dass es früher bei weitem keine so gute Zuarbeit gab wie heute. Deshalb sage ich auch unseren Mitarbeitern in den Fraktionsgeschäftsstellen ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Stellvertretend für die Kollegen und Kolleginnen in diesem Haus möchte ich mich beim Präsidium bedanken, gerade heute.

(Beifall bei der SPD)

Nun möchte ich mich ganz allgemein mit dem Bedeutungsverlust des Parlaments beschäftigen. Dieser wird von vielen beklagt. Ich glaube, man kann allgemein sehr viel dazu sagen. Mit einem Verhalten, wie es heute hier zutage getreten ist, erweisen wir uns keinen Dienst. Deutlicher könnte man es nicht beschreiben. Uns allen – so habe ich es zumindest im Ältestenrat und in den Gesprächen empfunden – ist wohl klar geworden, dass die Bedeutung des Parlaments nur durch das Parlament selbst wieder zurückgewonnen werden kann – wenn es überhaupt an Bedeutung verloren hat; darüber müssten wir einmal reden. Heute haben wir keinen Beitrag dazu geleistet, diesen Bedeutungsgewinn zu erreichen.

Dazu gehört auch, dass wir uns ab und zu einmal vor Augen halten – das ist angesichts einer so großen Besucherzahl sehr wichtig –, dass wir gewisse Vorbildfunktionen haben. Alle haben schon mit Besuchergruppen diskutiert, die bewerten, wie es hier im Haus zugeht. Wir müssen uns fragen, ob wir Vorbilder sind. Wir wollen sicher keine besseren Menschen sein; ich denke, das ist allen klar. Wir sollten uns aber ab und zu Gedanken darüber machen, wie wir wirken und ob wir Vorbildfunktionen übernehmen. Richtig ist sicher – und darin sind wir uns alle einig, hoffe ich –, dass man Konflikte deutlich machen muss, dass man in der Sache zuspitzen muss. Wenn Personen und Meinungen herabgewürdigt werden, dann sind Grenzen überschritten. Wir tun uns keinen Gefallen damit, wenn wir uns so verhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Sommerpause ist ganz gut dafür geeignet, dass der eine oder die andere – ich nehme mich nicht davon aus, ich lese meine Zwischenrufe auch immer wieder – ihre Rhetorik daraufhin überprüfen, ob das Gesagte sinnvoll ist und ob es vielleicht vernünftiger wäre, das eine oder das andere Mal den Mund zu halten, Herr Hofmann.

(Hofmann (CSU): Schauen Sie mich nicht so an, sonst gibt es gleich wieder Krach!)

– Eben.

(Kaul (CSU): Herr Hofmann ist eine Belebung, den würde man vermissen!)

Das Entscheidende ist, ob es etwas genutzt hat, ob diese Zuspitzung, dieser Zwischenruf etwas genutzt haben. Man kann meistens erkennen, dass es gar nicht so entscheidend war.

Ich möchte eine andere Vorbildfunktion ansprechen, die das Parlament in der Außenwirkung innehat. Wir sollten einmal überlegen, ob wir uns selbst wichtig genug nehmen und ob wir als Parlament das gehörige Maß an Selbstbewusstsein haben. Ich rede jetzt nicht als Einzelne. Es gibt dieses Bild von der Waage mit dem Parlament und der Regierung als Waagschalen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Waage etwas ins Ungleichgewicht gerät. Ich wünsche mir, dass die CSU-Landtagsfraktion als Mehrheitsfraktion mit einem gestärkten Selbstbewusstsein aus der Sommerpause zurückkommt und sagt, wo der Barthel den Most holt – auch gegenüber der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hofmann (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, ich möchte Ihnen wirklich Mut zusprechen, dieses Selbstbewusstsein an den Tag zu legen.

(Zurufe von der CSU)

Der Bedeutungsverlust des Parlaments, der beklagt wird, hat damit zu tun, dass wir bei Entscheidungen eine zu geringe Rolle spielen, dass viele Dinge bereits vorher festgelegt sind und wir nicht mehr die großen Entschei-

dungen treffen können. Es ist wichtig, dass wir uns dies vor Augen führen.

Was den Umgang miteinander betrifft, ist die Frage: Wer soll vor uns Achtung haben, wenn wir uns selbst nicht ernst nehmen? Dieser wichtige Aspekt wurde auch im Ältestenrat angesprochen. Daher sollten wir die Sommerpause nutzen, darüber nachzudenken, wie wir miteinander umgehen. Ich habe vorhin bereits das Herabwürdigen genannt. Herr Hofmann, Sie müssen sich nicht immer angesprochen fühlen, denn dies gilt für alle. Wir sollten uns nicht selber schaden, indem wir immer nur vom Hohen Haus reden, aber es nicht hochhalten. Auch dies ist wichtig.

Schließlich möchte ich noch eine weitere unserer Vorbildfunktionen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ansprechen: Wir sollten nicht immer bis zum Umfallen arbeiten, sondern uns auch eine Erholungspause gönnen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen schöne Ferien und den Kranken Genesung, insbesondere unserem Fraktionsvorsitzenden, der bald wieder auf beide Beine kommen möge. In diesem Sinn: eine gute Zeit!

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Böhm: Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, vielen Dank für Ihre Worte, die uns zum Nachdenken angeregt haben. Sagen wir statt „Bedeutungsverlust“ besser „Ansehensverlust“ des Parlaments; denn an Bedeutung hat das Parlament nicht verloren. Es ist völlig klar, dass man auf das Parlament nicht verzichten kann. Wir haben im Bereich der Kulturpolitik und der inneren Sicherheit nach wie vor große Aufgaben. Die Bedeutung der Länder und die Gesetzgebungskataloge haben nicht nachgelassen. Ein Bedeutungsverlust ist nicht eingetreten, jedoch ein gewisser Ansehensverlust.

Wir stellen immer wieder Fehler fest. Doch jeder findet die Fehler bei anderen und selten bei sich selber. Die Aussage eines alten Rabbi könnte für uns beherzigenswert sein: Jede Sache hat drei Seiten: deine Seite, meine Seite und die richtige Seite. Zur richtigen Seite durchzustoßen, das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Das Wort hat der Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten, Herr Dr. Beckstein.

Staatsminister Dr. Beckstein: Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir fest vorgenommen, jetzt die Zähne zusammenzubeißen und nicht auf die aktuellen Ereignisse einzugehen, sondern zunächst einen nüchternen, herzlichen und guten Wunsch für die nun beginnende Sommerpause an alle Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses zu richten. Ich möchte mich beim Präsidenten für die guten Wünsche bedanken und dem Präsidium, dem Präsidenten, Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin, allen Mitarbeitern des Landtags und des Hauses sowie allen Kolleginnen und Kollegen für die in den letzten Monaten geleistete Arbeit danken. Sie haben in den letzten Monaten mit

ihrer Sacharbeit und mit ihren Ideen, aber auch mit ihrer Kritik Spuren hinterlassen, die für die künftige Arbeit des Hauses und für die Entwicklung unseres Landes wichtig sind.

Wenn der Innenminister als Vertreter des Ministerpräsidenten spricht, sind die Themen Verkleinerung des Parlaments, das Ringen um die richtige Stimmkreiseinteilung, BSE, der Verbraucherschutz, die Bildung, Schulsituation und Betreuung sowie die innere Sicherheit zu nennen. Es wurden viele wichtige Stichworte gegeben, bei denen Akzente gesetzt und auch Weichenstellungen vorgenommen haben.

Nicht trotz, sondern gerade wegen der Europäisierung und der Globalisierung aller Lebensverhältnisse hat der Landtag eine besonders große Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das gesamte Geflecht des Rechts – aus europäischem Recht und aus Bundesrecht – auch für den einzelnen Bürger nachvollziehbar und als gerecht empfindbar ist. Gerade durch die Europäisierung bekommen das Parlament und auch der einzelne Abgeordnete eine noch höhere Bedeutung. Wir haben auch bei den Diskussionen in den letzten Tagen immer wieder erlebt, dass bei vielen Fragen, die letztlich auf europäischer Ebene entschieden werden, die Bürgerinnen und Bürger die erste Erwartung trotzdem an den Bayerischen Landtag und an die Staatsregierung richten. Dies sollte von uns bei aller Schwierigkeit, die daraus entsteht, dass man für anderes mit verantwortlich gemacht wird, positiv bewertet werden, weil es zeigt, dass das Grundvertrauen gerade in die Arbeit des Parlaments vorhanden ist.

Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts und des Stenographischen Dienstes sowie bei allen, die dafür sorgen, dass der gesamte Parlamentsbetrieb technisch läuft, herzlich bedanken und dabei insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien und die Landtagsbeauftragten einschließen, die einen guten Teil der Arbeit leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich denke an die Arbeitszeiten, an denen wir beteiligt sind. Ich sage bewusst „wir“, weil daran alle beteiligt sind: sowohl die Vertreter der Staatsregierung als auch Sie als Kolleginnen und Kollegen des Hauses; denn wir muten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Menge an Arbeit zu. Ich sage dies gerade als ehemaliger Freiberufler mit hohem Respekt vor dem Ethos des öffentlichen Dienstes, wenn ich sehe, mit welcher Selbstverständlichkeit eine unglaubliche Menge an Arbeit hier geleistet wird. Dies kommt unserer Arbeit zugute.

„Parlamentarische Sommerpause“ bedeutet für uns alle keine Arbeitspause, sondern vermehrt Termine und Gespräche in unseren Stimmkreisen. Trotzdem hoffe ich, dass wir in der Sommerpause Zeit haben, um mit unseren Angehörigen erholsame Ferien in unterschiedlicher Länge zu verbringen; diese wird jeder individuell festlegen. Atem holen und Abstand gewinnen ist sicher etwas Positives. Ich wünsche Ihnen allen, dass wir uns hier im Herbst wohlbehalten und mit frischen Kräften wiedersehen. Ich wünsche, dass wir im Herbst in den unterschiedlichen Funktionen – als Regierungsfraktion, als Opposition – aufs Neue in demokratischer Gemeinsamkeit um das Wohl Bayerns und der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ringen. Eine schöne Sommerpause!

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Böhm: Sehr geehrter Herr Staatsminister, auch Ihnen danke ich herzlich für diese Worte. Wir wünschen Ihnen weiterhin alles Gute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die parlamentarische Sommerpause ist für uns Abgeordnete zwar eine Zeit ohne Sitzungen, aber keine Zeit ohne Termine und Aufgaben in den Stimm- und Wahlkreisen. Trotzdem wünsche ich Ihnen, dass Sie in den kommenden Wochen die Gelegenheit haben, sich im Kreise der Familie und Freunde zu entspannen und zu erholen, und dass wir uns zu Beginn des neuen Sitzungsturnus gesund wiedersehen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall – Schluss: 14.18 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Maget, Dr. Kaiser u. Frakt. (SPD);
Deutscher Orden (Drucksache 14/7179)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut		X	
Dr. Baumann Dorle	X			Güller Harald	X		
Beck Adolf		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Beckstein Günther		X		Haedke Joachim		X	
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef		X		Hausmann Heinz		X	
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann		X		Heckel Dieter		X	
Boutter Rainer	X			Hecker Annemarie		X	
Brandl Max				Heike Jürgen W.		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Heinrich Horst			
Brosch Franz		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Hirschmann Anne	X		
Christ Manfred		X		Hoderlein Wolfgang			
Deml Marianne		X		Hözl Manfred		X	
Dingreiter Adolf		X		Hofmann Walter		X	
Dodell Renate		X		Hohlmeier Monika		X	
Donhauser Heinz		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Hufe Peter	X		
Eck Gerhard		X		Irlinger Eberhard	X		
Eckstein Kurt		X		Jetz Stefan		X	
Egleder Udo	X			Dr. Jung Thomas			
Eppeneder Josef		X		Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert		X		Kaul Henning		X	
Dr. Eykmann Walter		X		Kellner Emma	X		
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Dr. Kempfner Herbert			
Dr. Fickler Ingrid		X		Kiesel Robert		X	
Fischer Herbert		X		Klinger Rudolf		X	
Franzke Dietmar	X			Knauer Christian		X	
Freller Karl				Kobler Konrad		X	
Gabsteiger Günter		X		Köhler Elisabeth			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Dr. Köhler Heinz			
Gartzke Wolfgang	X			König Alexander		X	
Dr. Gauweiler Peter				Kränzle Bernd			
Geiger Hermann				Kreidl Jakob		X	
Glück Alois		X		Kreuzer Thomas		X	
Göppel Josef		X		Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Görlitz Erika				Kuchenbaur Sebastian		X	
Goertz Christine	X			Kupka Engelbert		X	
Dr. Götz Franz				Leeb Hermann		X	
Dr. Goppel Thomas		X		Leichtle Wilhelm			
Gote Ulrike	X			Lochner-Fischer Monica	X		
Grabner Georg				Lode Arnulf		X	
				Loscher-Frühwald Friedrich		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula			
Matschl Christa		X	
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	
Mirbeth Herbert		X	
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Müller Willi			
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen		X	
Regensburger Hermann		X	
Reisinger Alfred		X	
Riess Roswitha		X	
Ritter Ludwig		X	
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus		X	
Sauter Alfred		X	
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried		X	
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut		X	
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl		X	
Schweiger Rita		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann		X	
Stewens Christa		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max			
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius		X	
Traublinger Heinrich		X	
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Vogel Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard			
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul		X	
Winter Georg		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans		X	
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	98	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Dürr, Christine Stahl, Elisabeth Köhler, u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN); Deutscher Orden: Finanzielle Risiken offen legen und verringern (Drucksache 14/7180)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X			Dr. Gröber Klaus			
Appelt Dieter	X			Guckert Helmut	X		
				Güller Harald	X		
Dr. Baumann Dorle	X			Guttenberger Petra	X		
Beck Adolf	X						
Dr. Beckstein Günther	X			Haedke Joachim	X		
Berg Irlind	X			Dr. Hahnzog Klaus	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Hartenstein Volker	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Gerhard	X		
Blöchl Josef	X			Hausmann Heinz	X		
Bocklet Reinhold				Hecht Inge	X		
Böhm Johann	X			Heckel Dieter	X		
Boutter Rainer	X			Hecker Annemarie	X		
Brandl Max				Heike Jürgen W.	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Heinrich Horst			
Brosch Franz	X			Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Hirschmann Anne	X		
				Hoderlein Wolfgang			
Christ Manfred	X			Hözl Manfred	X		
				Hofmann Walter	X		
Deml Marianne	X			Hohlmeier Monika	X		
Dingreiter Adolf	X			Huber Erwin	X		
Dodell Renate	X			Hufe Peter	X		
Donhauser Heinz	X						
Dr. Dürr Sepp				Irlinger Eberhard	X		
Eck Gerhard	X			Jetz Stefan	X		
Eckstein Kurt	X			Dr. Jung Thomas			
Egleder Udo	X						
Eppeneder Josef	X			Dr. Kaiser Heinz	X		
Ettengruber Herbert	X			Kaul Henning	X		
Dr. Eykmann Walter	X			Kellner Emma	X		
				Dr. Kempfner Herbert			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kiesel Robert	X		
Dr. Fickler Ingrid	X			Klinger Rudolf	X		
Fischer Herbert	X			Knauer Christian	X		
Franzke Dietmar	X			Kobler Konrad	X		
Freller Karl				Köhler Elisabeth			
				Dr. Köhler Heinz			
Gabsteiger Günter	X			König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kränzle Bernd			
Gartzke Wolfgang	X			Kreidl Jakob	X		
Dr. Gauweiler Peter				Kreuzer Thomas	X		
Geiger Hermann				Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Glück Alois	X			Kuchenbaur Sebastian	X		
Göppel Josef	X			Kupka Engelbert	X		
Görlitz Erika							
Goertz Christine	X			Leeb Hermann	X		
Dr. Götz Franz				Leichtle Wilhelm			
Dr. Goppel Thomas	X			Lochner-Fischer Monica	X		
Gote Ulrike	X			Lode Arnulf	X		
Grabner Georg				Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi	X		
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula			
Matschl Christa	X		
Mehrlich Heinz	X		
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann	X		
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef	X		
Mirbeth Herbert	X		
Möstl Fritz	X		
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi			
Münzel Petra	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel	X		
Nentwig Armin	X		
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard			X
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich	X		
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Pienßel Franz			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann	X		
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin	X		
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann	X		
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Marianne	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schläger Albrecht	X		
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred	X		
Schopper Theresa	X		
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred	X		
Schultz Heiko	X		
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans	X		
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			X
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav	X		
Steiger Christa	X		
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes	X		
Strehle Max			
Tausendfreund Susanna	X		
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth	X		
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang	X		
Voget Anne	X		
Volkman Rainer	X		
Wahnschaffe Joachim	X		
Dr. Waschler Gerhard			
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	158	0	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abg. Glück, Ach, Kobler, Winter u. Frakt. (CSU);
Weiterführung von Einrichtungen des Deutschen Ordens (Drucksache 14/7272)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred	X		
Appelt Dieter			X
Dr. Baumann Dorle		X	
Beck Adolf	X		
Dr. Beckstein Günther	X		
Berg Irlind			X
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blöchl Josef	X		
Bocklet Reinhold			
Böhm Johann	X		
Boutter Rainer			X
Brandl Max			
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brosch Franz	X		
Brunner Helmut			
Christ Manfred	X		
Deml Marianne	X		
Dingreiter Adolf	X		
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Egleder Udo			X
Eppeneder Josef	X		
Ettengruber Herbert	X		
Dr. Eykmann Walter	X		
Prof. Dr. Falthäuser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid	X		
Fischer Herbert	X		
Franzke Dietmar		X	
Freller Karl			
Gabsteiger Günter	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gartzke Wolfgang			X
Dr. Gauweiler Peter			
Geiger Hermann			
Glück Alois	X		
Göppel Josef	X		
Görlitz Erika			
Goertz Christine			X
Dr. Götz Franz			
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			X
Grabner Georg			
Dr. Gröber Klaus			
Guckert Helmut	X		
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Haedke Joachim	X		
Dr. Hahnzog Klaus		X	
Hartenstein Volker	X		
Hartmann Gerhard			X
Hausmann Heinz	X		
Hecht Inge			X
Heckel Dieter	X		
Hecker Annemarie	X		
Heike Jürgen W.	X		
Heinrich Horst			
Herrmann Joachim	X		
Hirschmann Anne			X
Hoderlein Wolfgang			
Hözl Manfred	X		
Hofmann Walter	X		
Hohlmeier Monika	X		
Huber Erwin	X		
Hufe Peter			X
Irlinger Eberhard			X
Jetz Stefan	X		
Dr. Jung Thomas			
Dr. Kaiser Heinz			X
Kaul Henning	X		
Kellner Emma			X
Dr. Kempfler Herbert			
Kiesel Robert	X		
Klinger Rudolf	X		
Knauer Christian	X		
Kobler Konrad	X		
Köhler Elisabeth			
Dr. Köhler Heinz			
König Alexander	X		
Kränzle Bernd			
Kreidl Jakob	X		
Kreuzer Thomas	X		
Dr. Kronawitter Hildegard			X
Kuchenbaur Sebastian	X		
Kupka Engelbert	X		
Leeb Hermann	X		
Leichtle Wilhelm			
Lochner-Fischer Monica		X	
Lode Arnulf	X		
Loscher-Frühwald Friedrich	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lück Heidi			X
Maget Franz			
Prof. Männle Ursula			
Matschi Christa	X		
Mehrlich Heinz			X
Meißner Christian	X		
Memmel Hermann			X
Dr. Merkl Gerhard			
Meyer Franz	X		
Miller Josef	X		
Mirbeth Herbert	X		
Möstl Fritz			X
Dr. Müller Helmut	X		
Müller Herbert			
Müller Willi			
Münzel Petra			X
Naaß Christa			X
Nadler Walter	X		
Narnhammer Bärbel			X
Nentwig Armin			X
Neumeier Johann			
Niedermeier Hermann			
Nöth Eduard	X		
Obermeier Thomas	X		
Odenbach Friedrich			X
Paulig Ruth			X
Peterke Rudolf	X		
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich			X
Pienßel Franz			
Pranghofer Karin			X
Pschierer Franz	X		
Dr. Rabenstein Christoph			X
Radermacher Karin			X
Ranner Sepp			
Freiherr von Redwitz Eugen	X		
Regensburger Hermann	X		
Reisinger Alfred	X		
Riess Roswitha	X		
Ritter Ludwig	X		
Dr. Ritzer Helmut			X
Freiherr von Rotenhan Sebastian	X		
Rotter Eberhard	X		
Rubenbauer Herbert	X		
Rudrof Heinrich	X		
Dr. Runge Martin			X
Sackmann Markus	X		
Sauter Alfred	X		
Schammann Johann			X
Scharfenberg Maria			X
Schieder Marianne		X	
Schieder Werner			X
Schindler Franz			X
Schläger Albrecht			X
Schmid Albert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schmid Berta	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmidt Renate			
Schmidt-Sibeth Waltraud			X
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried	X		
Dr. Scholz Manfred			X
Schopper Theresa			X
Schreck Helmut	X		
Dr. Schuhmann Manfred			X
Schultz Heiko		X	
Schweder Christl	X		
Schweiger Rita	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Spitzner Hans	X		
Sprinkart Adi			X
Stahl Christine			X
Stahl Georg	X		
Stamm Barbara	X		
Starzmann Gustav		X	
Steiger Christa			X
Steinmaßl Hermann	X		
Stewens Christa	X		
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard	X		
Dr. Stoiber Edmund			
Strasser Johannes			X
Strehle Max			
Tausendfreund Susanna			X
Thätter Blasius	X		
Traublinger Heinrich	X		
von Truchseß Ruth			X
Unterländer Joachim	X		
Prof. Dr. Vocke Jürgen	X		
Vogel Wolfgang			X
Vogel Anne			X
Volkman Rainer			X
Wahnschaffe Joachim			X
Dr. Waschler Gerhard			
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Dr. Wiesheu Otto			
Dr. Wilhelm Paul	X		
Winter Georg	X		
Wörner Ludwig			X
Wolfrum Klaus			X
Zehetmair Hans			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons	X		
Zengerle Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	98	7	55

